





Oberfließ, wo sie wohnen. Dieses Volkssystem ist in Oberschlesien ein so buntes Bild geworden, daß man nicht weiß, wie eigentlich die Volksgemeinschaft aussieht; alles geht bunt durcheinander. In Jaborze haben wir jetzt die königliche Polizei. Wir sind eigentlich gegen die Staatspolizei, aber in Oberschlesien müssen wir sie fordern, weil sie besser ist, als die bunte Gemeindepolizei.

Die Schwerindustrie Oberschlesiens muß in den Bergbau und in den Eisenbetrieb geteilt werden. In den 21 bergbaulichen Betrieben wurden

152.572 Personen beschäftigt.

Darunter zur Kulturhande noch 8590 Frauen. In der Metallindustrie und sonstiger Großindustrie waren 1912 etwa 140.000 Personen beschäftigt. Die Zahl der Arbeiterinnen ist hier nicht genau festzustellen; sie dürfte zwischen 15 bis 20.000 schwanken. Es ist ein Segen, daß endlich die Frauennarbeit in der Schwerindustrie vom 1. April 1914 an aufgehört hat, ebenso die Frauennarbeit auf Bauten, was man anderwärts gern hätte mehr.

Die ganze Lebensweise der Arbeiter in Oberschlesien ist durchsichtiger als sonst. Die Lebensmittel und Wohnungen sind um 5 Prozent höher, als in Breslau. Die Löhne betragen 1912 im Durchschnitt 3,30 Mark für den Kopf und die Schicht; die Frauen bekommen nur 1,14 Mark. Die Zahl der Beschäftigten (Ueberrunden) in den Gruben ist sehr hoch, jedoch der Durchschnittslohn künstlich in die Höhe geschraubt. Doch es soll hier gesagt sein, daß es in Oberschlesien auch gute Löhne gibt. In der Lufsengrube in Jaborze gibt es Arbeiter, die bis 10 Mark täglich verdienen. Aber diese Löhne sind dünn gesät, sind ganz vereinzelt, sie gründen sich oft auf Schmarozkerlöse. In meiner Grube muß ich feststellen, daß meine Partigenerlöse häufig zu denen gehören, die bessere Löhne haben. Die meisten erfüllen darum auch die Erwartungen der Magnaten nicht, rechte Schmarozker zu sein.

Man versucht mit allen möglichen Mitteln, das Loil aufzulegen zu stellen; es wird

besonders viel in Wohlfahrt

gemacht. Jeder muß einem Wohltätigkeitsklub angehören. Wohltätigkeit haben die großen Herren eingeführt, nicht hohe Löhne. Und überall mit der sogenannten Wohltätigkeit ist ein abgefeimtes Straßensystem verbunden. Da finden wir, daß die Wohltaten mit den Strafen im Einklang stehen, daß man nichts zu zählt, sondern noch Geschäfte macht und sich als Menschenfreunde preisen läßt. Der Generaldirektor Hilger veranstaltet alle Jahre ein großes Fest, ladet alle 25 Jahre tätigen Arbeiter ein, die Behörden usw., lange Reden werden gehalten und jeder Veteran erhält als Geschenk eine Uhr, die Hilgeruhr. Später aber kommen die Meister, kürzen die Löhne und es gibt Aufregung. Immer wenn das Hilgerfest gewesen ist, kommen auch 14 Tage darauf viele Klagen über Mißstände.

Die Folge aller dieser Treiberien des Kapitals ist eine schlechte Volksernährung. Denn haben wir seit jüngst eine neue Erscheinung, das Erbauen von Werkswohnungen, womit die Eisenbahn-Vermehrung begonnen hat. Ueberall schließen diese Wohnungen wie Pilze aus dem Erdboden. Sie sind immerhin angenehmer, als die übrigen Wohnungen, aber wirtschaftlich und politisch werden dadurch die Arbeiter zu Elend herabgewürdigt. Vor allen diesen Häusern prägen sich Silber, wonach das Kaufieren, das Festschreiben usw. nur mit Genehmigung der Verwaltung erlaubt ist.

Die Arbeiter Oberschlesiens stehen dadurch auf einer ziemlich niedrigen Bildungstufe, wozu noch der Merkantilismus kommt und

der schädliche Fusel

der große Unheil, vor allem schlimme Verbrechen Mord, Raub, Unterschlag, Diebstahl, Sittlichkeitsverbrechen verschuldet. Nicht nur dem Fusel ist das zuzuschreiben, auch dem Zernhalten von allen gewerkschaftlichen Vereinigungen, denn nur ohne diese kann das Magnatentum so wirtschaften wie bisher. Nicht die oberste Arbeiterklasse ist schuld daran, sondern das Kapital, dessen Gewinne um so höher sind, je dunkler und schwächer es in Oberschlesien aussieht. In manchen Landgerichten werden alle Jahre hunderte Jahre Gefängnis und Zuchthaus verhängt, ganz zu schweigen von Mord und Unterschlag. Es wird sich erst ändern, wenn das Volk in seiner Gesamtheit begriffen hat, daß es ein Recht zum Leben hat, ebenso wie seine Ausbeuter.

Wir haben alle Ursache, zu sagen, was ist. In diesem Dunkel ist glücklicherweise auch ein Lichtschein zu finden, das langsame Erwachen des ober-schlesischen Proletariats.

Gewerkschaftlich haben wir alles, was auch sonst zu finden ist und darüber hinaus noch polnische Berufsvereine. Die freien

Gewerkschaften haben etwa 11.000 Mitglieder. In einem Industriebezirk, wo 250.000 organisationsfähige Arbeiter wohnen, da kommt jeder und versucht zu fischen, was möglich ist. Nirgends gibt es so viel Streiks wie in Oberschlesien, nicht die planmäßigen, die sich auf Organisationen stützen, sondern die wilden. Sie haben freilich auch ihre berechtigten Ursachen. Wir haben die katholischen Werke, deren Besitzer ausgesprochene Zentrumsleute sind. Die Verwalter dieser Werke erzählen den Arbeitern stets, daß für sie sehr gut geforgt ist. Oft heißt es aber durch einen Anschlag, das Gebilde muß geringer bezahlet werden. Schon nach einer Stunde oft haben wir, weil die Arbeiter damit nicht zufrieden sind, den Streik.

Die wilden Streiks

haben wir hauptsächlich auf den staatlichen Betrieben, die bekanntlich Musterbetriebe sein sollen. Besonders die Lufsengrube in Jaborze ragt darin hervor. Die christlichen Gewerkschaftler und die Facharbeiter stützen sich auf die Kirche. Durch die Wille Pius X. soll für sie geforgt sein; aber seit ist davon noch niemand geworden. Der größte Teil des ober-schlesischen Volkes marschiert im Banne des Nationalismus, dessen Geld Korfanth war. Die Polen wollten zeigen, daß sie dem Volke helfen; dabei haben sie für die Verteuerung der Lebensmittel gestimmt. Der polnische Streik zu Pfingsten 1913 mit 70.000 Ausständigen mußte scheitern, denn mit Buttermilch und Kraut kann kein Streik geführt werden, andere Mittel aber hat die polnische Gewerkschaft nicht.

Unmöglich leben wir auch ein Erwachen bei der polnischen Berufsvereinerung und den Christen, denn der Bergarbeiterverband hat seit Pfingsten viel Mitglieder gewonnen.

Ueber die politischen Verhältnisse brauche ich hier nicht viel zu sagen. Wir sehen auch darin einen großen Wert; die Bürgerlichen wissen oft nicht, wohin sie gehören. Es ist ein großer politischer Mißstand. Deshalb geht bei den politischen Wahlen alles bunt durcheinander. Und doch hat sich auch darin manches geändert. Korfanth, der politische Führer, der 1908 aufging, hat so gut wie ausgespielt. Bei den letzten Wahlen verloren die Polen 21.000 Stimmen, die wir zum großen Teil gewonnen. Man sieht ein, daß die Polen nichts anderes sind, als eine kapitalistische Partei, etwas volksfreundlicher verdrängt. Wir haben die Wahlkreise Kattowitz und Beuthen mit je 80.000 Wählern und kleinere Kreise, die deutlich zeigen, daß die Wahlkreisverteilung auch bei uns sich schädlich äußert. Mancher Stummel, der sich nach außen zeigt, ist so verständig. Aber es klärt sich manches ab, und nicht lange wird es dauern, da lautet der Schlußruf nur noch:

Die Kapitalismus, die Sozialismus.

Mehr als 90 Prozent des Volkes hungern, während die wenigen Unkamen bereuen. Sie werden deshalb begreifen, daß wir ein schweres Arbeitsfeld haben, denn die Pfughe des Sozialismus dringt schwer in den Boden ein. Sie haben uns stets unterstützt und ich danke Ihnen dafür im Namen aller ober-schlesischen Genossen. Wir sind jetzt dabei, einen Vorstoß zu unternehmen, um eine eigene Presse zu schaffen. Unterstützen Sie uns darum weiter. Wie auch die Dinge sein mögen, der Kampf muß in Oberschlesien geführt werden um bessere Menschenrechte, ein besseres Dasein des Volkes. Es wird glaube ich, die Stunde kommen, wo Oberschlesien der internationalen Sozialdemokratie gehört und den Gewerkschaften, weil sie allein die einzigen sind, die wirklich für des Volkes Rechte kämpfen.

Der von den zahlreichen Hörern mit Aufmerksamkeit verfolgte Vortrag des Genossen Hörling erzielte am Schluß den lebhaftesten Beifall aller Anwesenden.

## Politische Uebersicht.

Wieder ein bestraffter Pfarrer!

Aus Hamburg wird gemeldet: Das Geistliche Ministerium entschied auf die Beschwerde gegen den Pfarrer Hendorn wegen dessen Mitgliedschaft beim Monistenbund einstimmig dahin, es sei nicht anständig, daß ein evangelischer Pastor Mitglied eines Monistenbundes sei. Das Ministerium legte ihm aus diesem Grunde auf, aus dem Monistenbunde auszutreten, und erteilte ihm wegen seines Nichternehmens vor dem Ministerium eine Rüge. Herr Hendorn, der ehrliebe Wahrheitsucher, ist in Breslau kein Unbekannter. Er gab sich hier viel Mühe, die Arbeiter einem glücklichen Christentum zurückzuführen. Jetzt lohnt ihm ein „nein“.

## Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

34

(Nachdruck verboten.)

Auf einmal sprang er herab — unhörbar, wie eine Kugel; der Gesell stand wieder an der Wand und er vor dem halb-fertigen Mann einer überlebendigen weidlichen Figur, als jetzt von der anderen Seite an die Tür geklopft wurde: „Signor Antonio!“

„Ignora!“ rief der junge Mann von dem Plage aus; er hatte Meißel und Schläger ergriffen, offenbar nur, um die Rolle des Ueberlebenden besser vor sich selbst zu spielen. „Können Sie einen Augenblick herinkommen, Signor Antonio? Patemi il piacere!“

„Si, Signora!“

„Er warf die Werkzeuge aus der Hand und ließ nach der Tür, von welcher jetzt ein Meißel zurückgehoben wurde. Trotzdem und trotz der erhaltenen Aufforderung klopfte er, bevor er öffnete.“

„Ma — entrate! — Wie schön Sie sich gemacht haben, Signor Antonio!“

Antonio senkte die dunklen Wimpern und ließ die Blicke an seiner schlanken Gestalt niederlegen bis zu den Spitzen der Lederschuhe — nur für einen Moment. Im nächsten Augenblick schloß er die Augen mit einem leidenschaftlichen bühnen Ausdruck auf dem schönen Mädchen, welches in einfachem dunklen Sammetkleid, mit langer Arbeitsschürze, das Modellierholz in der Hand, vor ihm stand.

„Sie brauchen sich nicht schon zu machen, Sie sind immer schön.“

Er hatte es auf deutsch gesagt, er war stolz auf sein Deutsch, seitdem sie in den italienischen Stunden, die er ihr gab, wiederholt seinen Akzent gelobt und gesagt hatte, es klinge ihr jedes Wort neu in seinem Munde — neu und lieb wie ein Bekannter, denn man in der Fremde begegnet.

„Ich frage mich heute morgen nichts weniger als schön“, erwiderte Ferdinando, — „aber ich bedarf Ihrer Hilfe. Mein Modell ist ausgefallen; ich möchte heute an den Augen arbeiten. Sie haben schönere Augen als Ihre Landskinderin, Antonio, stellen Sie sich einmal dahin — nur für ein paar Minuten!“

„Ein zufriedenes Lächeln zog über das schöne Gesicht des Jünglings. Er trat Ferdinando gegenüber in genau derselben Haltung, die sie ihrer Figur gegeben.“

„Bravo!“ sagte sie: — man weiß nie, ob Sie ein großer Schauspieler oder Bildhauer sind.“

„Un povero abbozzatore!“ murmelte er. „Sie sind kein Arbeiter“, sagte Ferdinando, — „Sie wissen es, daß Sie ein Künstler sind.“

2

„Was heißt das nun wieder?“

„Ich bin zum Künstler geboren und bin doch keiner, wie Sie zur Prinzessa geboren und doch keine sind.“

„Sie sind toll.“

„Es war kein unwilliger Ton, in welchem sie es sagte; es lag sogar etwas wie eine Befestigung darin, die dem scharfen Ohr des Italiener nicht entging.“

„Und auch Sie wissen es“, sagte er. „Sie erwiderte nichts, sondern arbeitete weiter, aber ohne Eifer. — Sie hat dich gerufen, um dir etwas zu sagen, sprach Antonio bei sich.“

„Wo waren Sie gestern Abend, Antonio?“ fragte sie nach einer Pause.

„In meinem Klub, Signora.“

„Dann sind Sie nach Hause gekommen?“

„Spät.“

„Aber wann?“

„Um ein Uhr, ma perche!“

„Sie hatte sich seitwärts zu dem Tisch gelehnt, auf dem ihre Arbeitswerkzeuge lagen, zwischen denen sie främte.“

„Ich frage nur so. Wir sind gestern auch erst spät zu Bett gegangen. Wir haben Besuch — ein Vetter von mir — es wurde viel gesprochen und geraucht — ich hatte mir fürchtbare Kopfschmerzen geholt und bin noch eine Stunde im Garten gewesen.“

„Wollen Sie sich nicht hinsetzen? — oder sollen wir es aufgeben? — Es wird Ihnen schwer — mir dünkt, Sie sehen angegriffen aus.“

„No, no!“ murmelte er. „Er hatte die Stellung wieder eingenommen, aber weniger geschäftig als vorher. In seinem Gehirn schwebten wunderliche Gedanken, die sein Herz klopfen machten. — Wann sind Sie nach Hause gekommen? — Ich bin noch eine Stunde im Garten gewesen.“

„Was ist das für ein Zufall? — nein! nein! es war unmöglich, es war ein Zufall — aber wenn er sie in dieser Nacht allein im Garten getroffen hätte, was würde er gesagt, was getan haben?“

„Es starrte ihm vor den Blicken — er drückte die Hand, welche er an die Stirne halten sollte, vor die Augen. „Was haben Sie?“ rief Ferdinando. „Die Hand sank herab; die Augen, welche fest auf sie gerichtet waren, sprühten Flammen.“

liches Ministerium“ seine Mühe und lehrte ihm, wie man Christentum aufzufassen ist. Wie lange noch und man ihn auf Jachos Weg?

Nur zum Vergleich verzeichnen wir an dieser folgende bürgerliche Meldung aus Brüssel:

Der Sozialistenführer Wanderveld gestern zum Mitglied der königlich belgischen Akademie gewählt worden.

Belgien ist zwar ein kirchliches Land, aber — preis es darum noch lange nicht.

Abgebannte Offiziere als — Gewerkschaftsbeamte

Es muß schlimm stehen mit den armen Kerlen, die irgend einem Grunde den Epaulettenrock ausziehen müssen. Denn schon wendet man sich an die freien Gewerkschaft mit der Bitte um Arbeit für verabschiedete Offiziere. Verband der Lithographen und Steinbrücker, Sektion graphischen Zeichner in Berlin SW., Engelauer 15 (Gewerkschaftshaus) ging folgendes Schreiben zu:

Banghaff & Pudewitz Berlin SW. 11, am 5. November 1913, Daleschestr. 20.

Sehr geehrter Herr!

Als Verleger der Zeitschrift „Das Offizierhaus“ werden gebeten, Vorkosten ausfindig zu machen, welche sich für meine Offiziere eignen. Ich selbst beschäftige in meinem Betrieb zu meiner größten Zufriedenheit Herren aus dem Offiziersstande.

Ich bitte Sie nun, falls Sie irgendeine Possession, wie auch nur als Hilfsarbeit und vorläufig, in einem niedrigen Gehalt (die Herren haben ja Pension!) für den Innen- und Außendienst haben oder von Bekanntschaft Kenntnis bekommen, für die eine repräsentative, verbrauchte, zur Ordnung und Disziplin erzeugende Arbeitsweise, mit davon Kenntnis zu geben und mitzutun, ob und welche besonderen Fähigkeiten verlangt werden. Mit bestem Dank und vorzüglicher Hochachtung (ges.) B. Banghaff, i. Pa.: Banghaff & Pudewitz, Zeitungs-Verl. m. b. H.

Warum nicht! Man könnte diese Leute sehr gut zu Streikposten verwenden, wobei ihnen ihre Vorkenntnisse nützlich wären. Führen Sie sich gut, dann nehme man später zum Beiträgeinsammeln. Damit wird sich ihre Zweckmäßigkeit allerdings erschöpft haben.

Zwei Reichstagsmandate erledigt!

Der Reichstag stimmte am Dienstag, nachdem eine Anzahl Anfragen erledigt waren, über die Wahlprüfungen. Die Wahl des Herrn Regenfeldt, des reichsparteilichen Landrats, der seinen Landratscharakter als Kandidat offensichtlich borgekehrt hatte, wurde für gültig erklärt — so verblüdete natürlich Herr Kampf, nachdem sich die Rechte und das Zentrum für ihren Regenfeldt erhoben hatten. Dann wurde die Wahl unseres Genossen Haupt in Reichshaus bestätigt, obgleich dargelegt worden war, daß die Sache durchaus nicht geklärt ist. Nur einige Fortschrittler stimmten mit unseren Genossen für Beweishebung. Die Nationalliberalen nahmen der Wahlprüfung des Zentrumsabgeordneten Rudloff (Niederrhein) die Gelegenheit wahr, um eine Art „ausgleichender Rechtfertigung“ walten zu lassen. Sie stimmten mit der Linken die Ungültigkeit dieses Zentrumsmandats. Die Abstimmung der Nationalliberalen erfordert jedoch noch eine knappe Beleuchtung. Es stimmten nämlich die Herren Hestermann, Beder-Bessen (bekanntlich eine Stimme das Mandat rettete) Dr. Böttger u. Hartling für den Kommissionsantrag auf nochmalige Beweishebung, während bei der Abstimmung über die Gültigkeit Hestermann und Beder den Herrn Rudloff dem Reichstag erhalten wollten, indem sie für die Gültigkeit stimmten; die anderen beiden enthielten sich diesmal der Abstimmung! Es wird also demnächst Neuwahlen in Reichshaus und Niederrhein vorzunehmen sein.

Die erste Lesung des Etats kam nicht über die Darlegungen des Schatzsekretärs Kühn hinaus, da der Reichstag die angekündigte Rede über die auswärtige Politik nicht hielt. Herr Kühn bemühte sich, die bereits herabgebrochene Kritik möglichst mildem Licht erscheinen zu lassen — aber was haben

„Sie haben mich verstanden“, murmelte der Jüngling. „Ich habe nichts verstanden, es ist, als ob ich ohne das gesehe, daß ein Hieb Sie verfehlt, daß das Blut Sie ersticht, daß Ihr Gehirn zerplatzen will, daß Sie dieses Lebens müde sind“ — auf deutsch: daß Sie gestern zu lange in Ihrem Klub gefessen und zu viel von dem schönen Italien geschwärmt und dabei zu viel italienischen Feuerwein getrunken haben.“

Die Andern an seiner feinen weißen Stirn traten bläulich hervor; ein heiserer Ton, wie eines wilden Tieres Schrei, kam aus seiner Kehle. Er griff nach der Brust, wo er für gewöhnlich sein Stilet trug — die Seitentasche war leer — seine Hände irrten umher, als suchten sie eine Waffe.

„Wollen Sie mich morden?“

Die rechte Hand, die noch auf der Brust zusammengekrampft war, löste sich und sank herab; die Linke folgte; die Hände preschten sich ineinander, aus seinen Augen brach ein Strom von Tränen, die Blut ersüßend; er fiel in die Arme und schlüpfte: „Pardonatemi! Per uinanda, l'ho amata dal primo giorno, che l'ho veduta, ed adesso — ah! adesso —“

„Ich weiß es, armer Antonio“, sagte Ferdinando, „und das ist der Grund, weshalb ich Dir verzeihe — noch einmal — zum letzten Male! Wenn sich diese Scene wiederholt, sage tu es dem Vater, und Du wirst aus dem Hause.“ Und nun Signor Antonio, stehen Sie auf!“

„Sie reißte ihm die Hand, die er, noch immer knieend, an seine Lippen und an seine Stirn drückte.“

„Antonio! Antonio!“ ertönte draußen Justus' Stimme; zugleich wurde an die Tür geklopft, welche auf den Hof führte. Antonio sprang auf die Füße.

„Hör Antonio hier, Ferdinando Ferdinando?“

Ferdinando ging selbst, die Tür zu öffnen.

„Sie arbeiten noch?“ fragte Justus eintretend: — „aber ich denke, wir wollen mit Ihrem Vetter in die Ausstellung?“

„Ich warte auf ihn; er hat sich noch nicht sehen lassen. Gehen Sie mit Antonio immer voran; wir treffen uns bei den Skulpturen.“

„Wie Sie befehlen! — Das, was Sie heute an den Augen gemacht haben, ist nicht wert — ein ganz feiner Zug! Sie haben wieder einmal ohne Modell gearbeitet: — wann werden Sie zu der Erkenntnis kommen, daß wir ohne Modell hilflos sind! — Andiamo, Antonio! wenn Sie sich nicht schämen, mit mir über die Straße zu gehen.“

Er hatte sich lachend neben den Italiener gestellt, als wollte er auch Ferdinando das Vergnügen gewähren, welches ihm der Vergleich seiner kleinen unterfertigen Gestalt in dem abgetragenen Sammetrocken und den hellen Beinweibern von zweifelhafter Neuheit mit dem schlanken, hübschen, eleganten Jüngling, seinem Gehilfen, bereitetet. Aber Ferdinando hatte sich bereits abgemüht und sagte nur noch einmal: „Also bei den Skulpturen!“

„Dunque — Andiamo!“ rief Justus — „a rivederci!“ (Fortsetzung folgt.)



die Behnlaufende Arbeitslosen von dem hohen Goldbestand der Reichsbank! Im übrigen beschwieg Herr Rubin nicht seine schweren Nachteile für den Fall, daß der Wehrbeitrag nicht in der erwarteten Höhe herinkomme. Das läßt die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, was sich wenige Monate nach der Behnlaufung der ungeheuren Rüstungen besonders gut ausnimmt. — Mittwoch: 3 a b e r n !

### Die Familie — die Regimenter!

Unter der Anklage der erschweren unerlaubten Entfernung hatte sich der Reservist J. vor dem Oberkriegsgericht des dritten Armeekorps zu verantworten. Der Angeklagte ist Familienvater. Er hat mehrere Kinder und seine Ehefrau zu ernähren, die demnach ihrer Nöckerkunst entgegensteht. Lange Zeit hindurch war er ohne Beschäftigung, und Anfang August endlich sollte er wieder Arbeit bekommen und imstande sein, seine Familie zu ernähren. Da erhielt er einen Befehl zu einer vierzehntägigen Übung auf dem Truppenübungsplatz in Ahres. Der Angeklagte befürchtete jedoch, seine Stellung zu verlieren, wenn er die Übung antrete. Er kam also dem Befehl nicht nach. Er wurde wegen erschwerter unerlaubter Entfernung vor dem Oberkriegsgericht gestellt.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, er sei der Meinung gewesen, durch seine Notlage sei er genügend entschuldigt gewesen. Die Sorge für seine Familie habe er für die höhere Pflicht angesehen. Hätte er die Übung angetreten, ja hätte er seine Familie hilflos auf der Straße zurücklassen müssen, denn der Hauswirt habe mit Ermittlung gedroht. Da seine Ehefrau wieder in anderen Umständen war, so habe er sie erst recht nicht im Stich lassen können. Trotz alledem war das Gericht nicht imstande, den Angeklagten von der Anklage freizusprechen. Es wurde ihm vom Verhandlungsführer bedeutet, daß er sich damals beim Rechtsbeistand hätte melden müssen. Wahrscheinlich wäre ihm dann auch die Übung unter den obwaltenden Umständen erlassen worden. Das hat der Angeklagte aber nicht getan. Er wurde zu der gewöhnlich geringsten Strafe von 13 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vom Gerichtsstich aus wurde der Angeklagte schließlich auf den Weg des Gnadengesuches an den Kaiser verwiesen.

### Nationalliberale Initiativ-Anträge.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat drei neue Initiativ-Anträge eingebracht. Der erste Antrag erstrebt eine Weichmachung und Vereinfachung der Rechtspflege, der zweite Antrag bezweckt, das Reichsrecht daranhin einer Durchsicht und Prüfung zu unterziehen, ob nicht vorbehaltlich und vor umfassender Neugestaltung größerer Rechtsgebiete Verbesserungen einzelner Teile und Bestimmungen, die von besonderer Dringlichkeit sind, vorzunehmen wären, und hierbei insbesondere folgende Punkte ins Auge zu fassen:

1. Die Behandlung der Geisteskrankheit im Zivilprozeß und im Strafrecht, 2. den Schutz der Ehre in materielrechtlicher und prozeduralrechtlicher Beziehung, 3. den Schutz der Gläubiger gegen böswillige Schuldner, 4. die Einrichtung einer Mobilitätswahl mit Zwangseintragung, 5. die Einschränkung der Eidesleistung, 6. die Weichmachung des Verfahrens im Zivilprozeß und Strafrecht, 7. die Ausdehnung der schöpferischen Zuständigkeit, 8. die Einschränkung des Legalitätsprinzips im Strafrecht, 9. die Zulassung der Volksschlichter als Schlichter und Geschworene, 10. die religiöse Erziehung der Kinder aus Müttern.

Ein dritter Antrag erucht den Reichszentraler und Volkswahl eines Geschichtswissenschaftlers zum Schutze des Wahlheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimer Wahlrechts.

**Wohnungs-Enquete-Kommission.** Das Reichsamt des Innern setzt zur Prüfung der geforderten Regelung der Wohnungsfrage eine Kommission ein, in die auch Mitglieder des Reichstages berufen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat hierzu die Abgeordneten Göhre und Dr. Cohn-Nordhausen in Vorschlag gebracht.

**Steuer auf Taschenfeuerzeuge.** Die Zündholzfabrikanten bemühen sich umzusetzen, eine Besteuerung der mechanischen Taschenfeuerzeuge herbeizuführen. Sie versprechen sich davon eine Steigerung des Absatzes an Zündholz. Die mit einer Sondersteuer bedrohte Feuerzeugindustrie ist indes natürlich alle Hebel in Bewegung, um diese Steuer zu verhindern und zwar weist man von dieser Seite besonders darauf hin, daß eine der Folgen dieser Sondersteuer die sein müßte, daß Arbeiter entlassen würden.

Das Reichschatzamt steht der Steuer auf Feuerzeuge nicht absolut ablehnend gegenüber, Geld kann man dort immer gebrauchen, um so mehr, als der Reichstag beschlossen hat, das Gehalt der schwer geschädigten Arbeiter der Zündholzindustrie zu unterstützen. Mit der neuen Steuer würde das Reichschatzamt natürlich die Mittel dafür gewinnen; aber dann würden wieder andere Arbeiter drohen, die ebenfalls ein Anrecht darauf hätten, Entschädigung zu verlangen. Die endgültige Stellungnahme des Reichschatzamtes dürfte bereits in der nächsten Zeit zu erwarten sein.

**Die Kirchenaustrittsbewegung in Baden** schlägt nach dem fanatischen Vorgehen der Geistlichen gegen die Sozialdemokratie, wie es insbesondere bei den verflochtenen Landtschwestern zu bemerken war, ebenfalls stärkere Wellen. Insbesondere tritt in den rein katholischen Gegenden bei den Arbeitern die Neigung zum Kirchenaustritt offener hervor, wie früher, wo sich die katholischen Geistlichen nicht völlig in die Parteistellung des Zentrums umzuwandeln. In Baden wurden Einkommen unter 2000 Mk. von der Kirchensteuer freigestellt; ebenso werden Vermögen von unter 3000 Mk. nicht herangezogen. Gleichwohl ist die Zahl der aus der Kirche Auscheidenden von Jahr zu Jahr gestiegen. 1902 traten aus 124, 1912 aber 544. Ausgewählte Ehepaare zählte man 1902 19, zehn Jahre später 77.

## Ausland.

### Eine Botschaft des Präsidenten Wilson.

Präsident Wilson verlas am Dienstag im Kongreß eine Botschaft, in der er sagte: Unser Land ist, wie ich dankbar sagen kann, mit der ganzen übrigen Welt in Frieden. Mit jeder Delade zeigen sich die Nationen bereitwilliger, sich durch feierliche Verträge zu Pflichten verpflichten, welche Frieden, Offenheit und Entgegenkommen zum Ziel haben. Die Vereinigten Staaten haben bisher bei Verhandlungen dieser Art immer an der Spitze gestanden. Sie werden, wie ich ernstlich hoffe und glaube, einen neuen Beweis dafür geben, daß sie aufrichtig für die Sache der internationalen Freundschaft eintriften, indem sie mehrere Schiedsgerichtsverträge, die dem Staat zur Erneuerung vorliegen, ratifizieren.

Der Präsident wandte sich dann der mexikanischen Frage zu, wobei er ausführte:

Es kann keine höhere Aussicht für den Frieden in Amerika geben als General Guertaja seine angemaßte Autorität in Mexiko aufzugeben und bis hin zu den

liberal darüber war geworden ist, daß die Vereinigten Staaten derartige angebliche Regierungen weder billigen noch mit ihnen verhandeln werden. Der Präsident ging dann auf die Umstände ein, unter denen Guertaja zur Macht gelangte und führte weiter aus: Die vollständige Isolierung Guertajas schreitet immer mehr fort. Mit jedem Tage nehmen seine Macht und sein Ansehen ein wenig ab. Der Zusammenbruch ist nicht fern. Wir werden, wie ich glaube, nicht gezwungen sein, unsere Politik des nachsichtigen Abwartens zu ändern, und dann, wenn das Ende kommt, können wir hoffen, die verfassungsmäßige Ordnung in Mexiko durch das Zusammenarbeiten und die Energie solcher Führer des mexikanischen Volkes wiederhergestellt zu sehen, welche die Freiheit ihres Volkes über ihren eigenen Ehrgeiz stellen.

Mit Bezug auf das Wahlsystem trat der Präsident dafür ein, daß die Auffstellung von Präsidentschaftskandidaten durch Primärwahlen im ganzen Lande erfolgen sollte, doch wollte er die Parteikonvente nicht aufgeben, die das Resultat ratifizieren und das politische Programm aufstellen sollten. Die Mitglieder der Parteikonvente sollten jedoch nicht einzig für diesen Zweck gewählt sein, sondern Kandidaten für den Kongreß und den Senat, Mitglieder der Nationalkomitees und die Präsidentschaftskandidaten selbst, damit das politische Programm von Leuten aufgestellt werde, die dem Volke für seine Ausführung verantwortlich sein würden. Weiterhin ging der Präsident auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Porto Rico, Hawaii und den Philippinen ein und erklärte, diese Territorien könnten nicht als einfache Besitzungen betrachtet werden. Sie könnten nicht länger in eigenmächtiger Weise ausgebeutet werden, sondern müßten im Interesse der Völker verwaltet werden, die in ihnen leben. Einzigartig der Philippinen rief der Präsident dem Kongreß besonders, stets im Auge zu behalten, daß sie schließlich einmal unabhängig werden sollten.

Der Präsident trat schließlich dafür ein, daß die Regierung in Alaska eine Bahn baue und sie selbst in Verwaltung nehme, um die wirtschaftlichen Quellen des Landes zu erschließen.

Zuletzt empfahl der Präsident den Erlaß eines Gesetzgebungsprojektes für Arbeitgeber zum Schutze der Eisenbahnangestellten und trat dafür ein, daß der Kongreß sich damit befasse, den höchst unglücklichen und ungerechten Umständen abzuwehren, die gegenwärtig bei der Beschäftigung von Matrosen bestehen.

**Das Ende des Ministeriums Barthou.** Die französische Kammer setzte am Dienstag die Beratungen über die Anleihe fort. Zur Beratung stand heute die Unbestimmtheit der Zinskupons. Caillaux ließ das Ministerium scharf an. Er sagte, daß noch nie ein Ministerium die Unantastbarkeit der Finanzen gefordert hätte. Das jetzige scheint nur von dem Wunsche befeuert zu sein, die Anleihe unterzubringen. Der Finanzminister Dumont erklärte dann, daß die Kammer heute nicht eher geschlossen werden würde, bevor nicht die Unantastbarkeit der Zinskupons abgestimmt sei.

Ein weiteres Telegramm meldet: Der von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage genehmigte Zusatzantrag Desloeres wurde mit 200 gegen 265 Stimmen abgelehnt. Das Abstimmungsresultat wurde von der ganzen Linken mit stürmlichem Beifall angenommen. Die Sozialisten riefen: „Nieder mit dem Dreijahresgesetz!“ Das Ministerium demissionierte.

**Vorbereitungen zum Bürgerkrieg in Irland.** Zurzeit bestehen in Irland nicht weniger als drei verschiedene Bürgerwehr-Organisationen. Jede der irischen Parteien hat eine bewaffnete Macht organisiert. Die größte ist bis jetzt die Bürgerwehr der protestantischen Nordirländer, die sich mit Waffengewalt der Selbstverwaltung widersetzen wollen. Dieses Heer von Freiwilligen soll schon mehr als hunderttausend Mann stark sein. Es wird fleißig geübt; man versucht, englische Offiziere für das Heer zu gewinnen und zahlreiche moderne Waffen sollen schon gekauft worden sein. Zu gleicher Zeit bewaffnet sich die nationalistische Bevölkerung der vorwiegend protestantischen Provinz Ulster. Man hat Klubs gegründet, die ihren Mitgliedern auf Abzahlung Revolver verkaufen. Die zweite Heeresorganisation ist die in der vorigen Woche gegründete Wehr der Dubliner Transportarbeiter, die in dem der Transportarbeitergewerkschaft gehörenden Croxden-Parc einquartiert sind. An ihrer Spitze steht Hauptmann White, der Sohn des Verteidigers von Ladysmith. Sehr viele der Gewerkschaftler sind alte Soldaten; bekanntlich liefern die Irländer verhältnismäßig den weltweiten größten Teil der englischen Soldatentruppen. Schließlich haben jetzt auch die Nationalisten beschossen, eine Bürgerwehr ins Leben zu rufen. In der vorigen Woche fand in Dublin eine Massenversammlung statt, in der dies beschlossen wurde. Die Versammlung verlief sehr stürmisch, da zahlreiche organisierte Arbeiter erschienen waren, die die Redner nicht zu Wort kommen lassen wollten. Allem Anschein nach gehen wir in diesem Teile der Welt stürmischen Zeiten entgegen. Die Konservativen werden es bald bereuen, die ersten gemeldet zu sein, die die offene Gewalt an die Stelle der parlamentarischen Verhandlungen setzten.

**Kämpfe der Spanier in Marokko.** Die Kolonne Arcaiz hatte, wie aus Sevilla berichtet wird, ein lange andauerndes Feuergefecht mit feindlichen Truppen, die sich angeammelt hatten. Der Feind erlitt schwere Verluste und zog sich zurück. Die Batterien von Guesla und Colorado unterstützten die Spanier, von denen 20 außer Gefecht gesetzt wurden. Nach einer amtlichen Meldung wurden auf spanischer Seite drei Sergeanten und 13 Mann getötet und 15 verwundet.

**Aus Mexiko.** Berliner und Wiener Firmen erhielten von Guertaja einen Kontrakt zur Lieferung von 50.000 Mausezgerwehren nebst Munition. — Der „Derald“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß eine Kabinettskrisis bevorsteht. Urrullo werde Ministerpräsident werden. General Villa meldet die Garnison von Chihuahua gescheitert, und zwar ein Teil nach der amerikanischen Grenze, der andere in südlicher Richtung. Die Garnison bestand aus 2000 Mann mit 4 Generälen. Provanantangel wird als Ursache der Frucht angesehen. Verschiedene Läden in Juarez wurden durch Villas Mannschaften geplündert. Mehrere Offiziere Villas hatten in Juarez Differenzen mit ihm.

**Die Juden in Südafrika.** Wie aus Durban gemeldet wird, beharrt die südafrikanische Regierung auf dem Entschluß, mit den Juden nicht zu verhandeln, bis die Ordnung wiederhergestellt und der Streik beendet ist. — Der Staatssekretär für Indien, Lord Crewe, empfing nach einer Meldung aus London, am Montag eine Abordnung des allindischen südafrikanischen Bundes, der den Behörden der Juden in Südafrika Ausbruch gab. Der Staatssekretär sprach sich dafür aus, daß eine genaue Untersuchung der jüngsten Vorgänge in Südafrika und ihre Ursachen stattfinden.

## Gewerkschaftliches.

### Der Außerordentliche Verbandstag der Bauarbeiter.

Am Montag trafen die Vertreter im Gewerkschaftshaus zu Hamburg zusammen, um die seit langer Zeit brennende Frage der Arbeitslosenunterstützung endlich zu erledigen. Der Verbandstag beschloß, die Einführungsgesetze

Er ist überzeugt, daß mit der Arbeitslosenunterstützung die Kampffähigkeit größer werde als ohne sie. In diesem

Einne stöße sie mit der Lohnbewegung im Zusammenhang. Die Arbeitslosenunterstützung solle nicht eingeführt werden, um den Kampf der Arbeiter zu verkleinern, sondern um ihn hochzuhalten: die Mitglieder der Arbeitslosigkeit zu unterstützen, um sie an den Verband zu halten.

Wirten wir heute zum ersten Male diese Frage beraten, würde ich sagen, nein, die heutige Zeit ist nicht dafür geeignet. Wir haben jetzt eine schwere Krise, und in Zeiten unglücklicher Konjunktur beginnt man solche Neuerungen nicht. Da wir aber das Werk schon begonnen haben, müssen wir es auch durchziehen. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben wir gegenüber dem Vorjahre eine Million mehr an einem Viertel Million Mark und eine Million mehr an drei Viertel Millionen Mark. In Streikunterstützung haben wir allein 377.000 Mark und an Krankenunterstützung 213.000 Mk. mehr ausgegeben. Das sind bedeutende Zuschüsse in solch kurzer Zeit; eine Folge der schlechten Zeit. Auch die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen; Ende dieses Jahres werden wir 20.000 Mitglieder weniger haben als am Schlusse des letzten Jahres. Ich möchte Sie aber dringend bitten, die Arbeitslosenunterstützung im Interesse der Mitglieder dennoch zu beschließen. Wenn wir die Frage noch einmal beschließen, dann werden wir sie vor 1916 nicht bekommen. Wir brauchen sie aber vorher. Die reichsrechtliche Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird ja auch kommen, das Deutsche Reich kann sich dem nicht verschließen. Die kommunale Arbeitslosenunterstützung macht aber immer weitere Fortschritte. Von dieser Unterstützung, die meist nur an die Verbände gewährt wird, die ebenfalls Arbeitslosenunterstützung bezahlen, würden aber die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes ausgeschlossen sein, wenn die Einführung nicht beschloßen würde.

Wir müssen es ablehnen, schon jetzt anzunehmen, daß die Arbeitslosenunterstützung auf die beiden Monate Januar und Februar ausgedehnt wird. Eine weitere Belastung kann die Vorlage nicht vertragen. Sie soll die Kampffähigkeit des Verbandes nicht vermindern, sondern vergrößern. Wer mit uns dies will, der muß auch den Mut haben, seinen Kollegen zu sagen, wie können heute noch nicht weitergehen.

In der Aussprache erklärten sich die meisten Redner für die Vorlage. Nur über den Einführungszeitpunkt gingen die Meinungen auch bei den Freunden der Vorlage auseinander. Der Vorstand schlägt den 1. Juli 1911 vor, die andere Seite will die Mitglieder schon am 1. März in den Genuß der Unterstützung kommen lassen. Privatliche Gegner der Arbeitslosenunterstützung kamen nur ganz wenige zum Wort, sie fanden gar keinen Anlaß. Ein größerer Teil Redner versuchte, den Verbandstag für die Anträge, die Unterstützung auf das ganze Jahr auszudehnen, zu gewinnen. Von anderen Rednern wurden noch diese oder jene Abänderungsvorschläge begründet, die aber keine große Gegenliebe fanden.

In namentlicher Abstimmung wird darauf mit 221 gegen 47 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Die einzelnen Bestimmungen sollen in der Sitzung am Dienstag festgelegt werden.

### Stadt und Provinz.

**Bei der Gewerbegerichts Wahl in Götting** erhielt die Liste des Gewerkschaftsartells 287 Stimmen, die des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins 580 Stimmen. Von den zu wählenden 12 Beisitzern erhalten die freien Gewerkschaften 10, die Gewerbetreibenden 2 Beisitzer.

Bei der Wahl der Arbeitgeber wurden auf die Liste des Gewerkschaftsartells 121 Stimmen abgegeben, die gewerkschaftliche Liste der Innungen erhielt 164 Stimmen. Von den 12 Beisitzern entsandten auf die Liste des Gewerkschaftsartells 5, auf die der Gewerbevereine 7 Beisitzer. Von den insgesamt 24 Beisitzern des Gewerbegerichts erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 16, die Gewerbetreibenden Hirsch-Dunder und die Innungen 7.

**In der Zigarrensortiererei der Firma Schärle u. Comp.** in Striegau sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma führte neue Arbeitsmethoden ein, die sich als erhebliche Mehrarbeit und Verschlechterung der bestehenden Arbeitsverhältnisse herausstellten. Der Durchschnittslohn ist dadurch auf fast die Hälfte herabgedrückt worden. Die Sortierereinen wandten sich mit einer Eingabe an die Firma, das alte Verhältnis wieder herzustellen oder eine Lohnzulage zu gewähren. Die Firma lehnte jedes Entgegenkommen ab und entließ sechs Sortierereinen. Sie versuchte, Arbeitswillige heranzuziehen und hat bereits in der Autscherstraße drei Betten aufstellen lassen. Bis jetzt war alle Mühe vergebens. Die Sortierer werden aufmerksam gemacht, daß Zug fern zu halten ist.

### Deutsches Reich und Ausland.

**Einen Aufruf zur Weichmachungsberatung der streikenden Kartonnagen- und Einbinderarbeiter** in Lahr veröffentlicht in der dieswöchentlichen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ der Vorstand des Buchbinder-Verbandes. Der Vorstand weist darauf hin, daß die Streikenden bereits seit dem 13. Oktober sich im Streik befinden, weil die Unternehmer jede Verhandlung mit der Arbeiterchaft nach wie vor ablehnen und bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangen.

**Aufgehobene Aussperrung.** Die Aussperrung der Arbeiter der Lohpfeffabrik Whitehead in Fiume, Ungarn, ist aufgehoben worden.

**Schuhmachereistreik.** Die Arbeiter der Schuhfabrik von Paul Lainga in Strausberg bei Berlin hat nach Ablauf der Kündigungszeit am Montag die Arbeit eingestellt, da eine Zurücknahme der angebotenen Lohnreduzierung bisher nicht erfolgte. Arbeitswilligen verspricht der Unternehmer nun in großen Annoncen 30 Mark Wochenlohn, während er einzelnen alten Arbeitern schon bei 23 Mark Durchschnittsverdienst den Vorkriegslohn versprochen hat. Natürlich läßt sich kein Arbeiter durch solche leeren Versprechungen täuschen. Weder jeder Schuhmacher den Betrieb, dann wird der Fabrikant bald genötigt sein, die Lohnreduzierung zurückzunehmen.

**Regulierungsarbeiten in Chemnitz.** Wegen 20—40 Prozent Lohnkürzung sind bei der Firma Sigmund Goerth sämtliche 123 Arbeiterinnen und Belegschaften in den Streik eingetreten; auch haben sämtliche Wirter und Wirtinnen, Zuschneiderinnen, Legerinnen, Repassierereinen und alle in der Appretur beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gestreikt. Die Firma sucht nun in der bürgerlichen Presse Erfolg, indem sie nach Heimarbeitereinen infiziert. Die Löhne in der Heimindustrie sind ohnehin schon erbarmlich; sie würden noch mehr gedrückt werden, wenn die Firma die Arbeiten von Heimarbeitereinen gemacht bekäme. Die Streikenden erwarten aber Solidarität von den Heimarbeitereinen. Arbeitsangebote der Firma sind abzuweisen.

**Ein Frauenstreik in Spanien.** 8000 Frauen, die in Castellon Orangen für die Ausfuhr verpacken, sind ausständig.

**Die russische Regierung gegen Streikende.** Ein Ministerprozeß gegen Arbeiter wird hier vorbereitet. Nach dem neuen Gesetz werden Streikende zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und infolgedessen sind 1000 Arbeiter der elektrischen, technischen und Eisenbahnbetriebe, die kürzlich streikten, in Anklagezustand versetzt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Böcher. — Redaktion und Expedition: Wilmannsstraße 7. — Verlag der „Buchbinder-Zeitung“, G. u. J. — Druck von G. Wilmanns, G. u. J. — Druck in Berlin. — Preis 10 Pfennig.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Dezember.

Weitere Vorbereitung

Für den sozialdemokratischen Verein Breslau wird der Distrikt 13 (Scheitniger Vorstadt) Sonntag, den 7. Dezember, verrichten. Der Zusammentritt des deutschen Reichstags und des preussischen Landtags erweckt wieder größeres politisches Leben. Das wollen die Genossen in diesem Teile Scheitnigs ausnützen und neue Parteimitglieder zu gewinnen versuchen.

Auch aus anderen Stadtteilen sind hilfsbereite Genossen und Genossinnen willkommen; sie treffen sich von morgens 8 Uhr an im Distriktslokal

Hirschstraße 68.

Die Abhildung der Jahrhunderthalle.

Der eigenartige Antrag des Magistrats, die Jahrhunderthalle vor den Breslauer Bürgern nach Möglichkeit zu veröffentlichen, findet soweit wir sehen, nirgends besondere Sympathien. Sogar die Konservativen haben sich die Sache nicht aneignen lassen, sie proklamieren die offene Ungerechtigkeit, während doch der Magistrat „nur“ die verdeckte wollte. Die „Sozial. Ztg.“ schreibt ganz entrüstet:

Die Vorlage des Breslauer Magistrats über die künftige Verwendung der Jahrhunderthalle hat in der Bürgererschaft mit Fug und Recht Empörung, ja Wut erregt. Die Absicht, politische Versammlungen gänzlich von der Halle auszuschließen, wird zwar mit dem erhobenen Zwange begründet, zu dem die Halle erbaut worden ist, nämlich ein Denkmal einer großen nationalen Erhebung zu sein, und auch demüthigen Weisheit in so zu erscheinen. Aber ist denn eine staatsrechtliche Politik etwas Unnationales? Wir fassen hier „nationale Politik“ im weitesten Sinne auf, als die politische Betätigung aller Parteien, die sich auf den Boden unseres nationalen, monarchischen Staats und Reichsgedankens stellen. Es wäre doch absurd, wenn eine politische Versammlung, die in neuer Ueberzeugung dem Kaiser gegenwärtig, was des Kaisers, dem Reiche und Staate, was des Reiches und Staates ist, keinen Platz in der Festhalle einer Kaiser- und Königsfeier zu finden hätte. Wir können uns schwer in eine Aufspaltung hineinfinden, der eine solche politische Betätigung als unwürdig oder minderwertig erscheint. Daß die Sozialdemokratie in diese Gemeinschaft und in diese Halle nicht gehört, das ist allerdings selbstverständlich. Sie hat die Jahrhundertfeierlichkeiten mit Hoß und Spott übersehen und in giftiger Weise angefeindet, sie ist eine ausgesprochene antimonarchische Partei, sie verweigert dem Reiche das, was zu seinem militärischen Schutze notwendig ist, sie will die Grundlagen des Reiches und Staates untergraben — sie steht somit in schärfstem Gegensatz zu dem ganzen Sinn und Zwecke der Jahrhundertfeier überhaupt.

Wir hoffen, daß diese Erwägungen auch in der Stadtverordnetenversammlung herab zu sprechen finden werden. Unseres Erachtens hätte es einer solchen Vorlage überhaupt nicht bedurft. Der Magistrat verfährt auch sonst nach freiem Ermessen über städtische Annehmlichkeiten, ohne die Stadtverordneten zu befragen. Er hat auch sozialdemokratische Turnvereine nicht in städtische Turnhallen zugelassen und sich gegen die Einrichtungen der Sozialdemokratie mit Erfolg gewehrt. Es ist nicht einzusehen, warum er nicht aus sich selbst auch die nötige Autorität aufbringen sollte, um einen Mißbrauch der Jahrhunderthalle zu sozialdemokratischen Parteizwecken zu verhindern, ohne dabei zugleich den berechtigten Gebrauch der Halle für Versammlungen auszuschließen, in denen deutsche Bürger die politischen Zwecke des Reiches und des Staates in reichs- und staatsrechtem Sinne fördern wollen.

Das ist die Auffassung der Herren, die ohne Umschweife für zweifelhaft Recht schwärmen, deren Brutalität man offen bekämpfen kann. Die „Bresl. Morgenztg.“ wendet sich aber auch gegen die schleichenden Abwürgungsabsichten der Magistratsvorlage, indem sie schreibt:

Daß es dem Breslauer Stadtparlament damals bei der prinzipiellen Genehmigung des Hallenplanes ferngelegen hat, politische Veranstaltungen auszuschließen, bedarf wohl kaum noch besonderer Erinnerung. Als Dr. Venders damals die Erklärung abgab, daß er keinen Grund sehe, weshalb die Halle, sofern sie überhaupt politischen Parteien zu Versammlungszwecken überlassen werden sollte, den Parteigenossen der Herren Löbke und Schütz gesperrt werden solle, und dadurch auch die Einwilligung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu dem Hallenbau erreichte, da hat sich niemand von den anderen Parteien und auch kein Magistratsmitglied dahin geäußert, daß man eben unter allen Umständen keinen politischen Versammlungsraum schaffen wolle oder dürfe. Woher nun auf einmal der andere Wind?

Wir fürchten, der gegenwärtige Magistratspräsident ist sich nicht ganz klar darüber geworden, daß mit dem obigen Antrag das Obliegen des „Herenlegens“ auf unsere Stadtverwaltung geworfen werden kann. Sicherlich werden sich bald viele Stimmen melden, die sich dagegen verwahren werden, daß sie ihre Zustimmung zu jenem Millionenbau gegeben haben würden, wenn sie gewußt oder auch nur geglaubt hätten, daß er lediglich höflich-historischen oder künstlerischen und gefelligen Veranstaltungen (absolut ohne jeden politischen Beigehmaß!) dienen solle. Daher bedauern wir — gerade im Interesse unserer Stadtverwaltung — diesen Antrag, der uns zwar befremdlich, aber doch nicht ganz unerwartet kommt. Wir haben vor wenigen Monaten die öffentliche Mitteilung festgenommen, daß ein hiesiges agrarisches Organ dem demokratischen Fernbleiben des Kaisers von der Jahrhunderthalle zu unterstellen versuchte. Danach sollte die oben erwähnte „Zusage“ Dr. Venders an die Sozialdemokraten der Grund gewesen sein! Wir haben damals aber auch schon darauf hingewiesen, wie auffällig sich die Breslauer reaktionäre Presse an Oberbürgermeister Matting „heranzumewerfen“ versuchte. Sollte dies ewige Träumen ganz ohne Einfluß auf den jetzigen Antrag gewesen sein? Man weiß, daß 1914 der Arbeiter-Sängerbund in der Halle ein großes Fest veranstalten möchte. Durch die Annahme jenes Magistratsantrages — man lese ihn genau! — wäre das unmöglich gemacht. ... Wohin die ewigen Wünsche auf höfliche und auf verfeinerte Wünsche der politischen und kulturellen Reaktion führen, sollte man gerade in Breslau doch endlich wissen.

Somit hätte sich also der Magistrat zwischen zwei Stühlen gesetzt, doch hält das Zentrum den dritten schon bereit. Er verlangt natürlich Ausnahmen für „konfessionelle Versammlungen“. Solche Ausnahmen sind aber — abgesehen von reinen religiösen, gottesdienstlichen Veranstaltungen — nicht vorgezogen und damit dürfte auch dem Zentrum der Beschmack an der Schließung etwas verbleiben sein.

Der verdeckte Gewaltstreik, den eine Mehrheit des Magistrats gegen die Sozialdemokratie und — zur Verschönerung — zum Teil gegen alle Parteien zu führen verachtet, ist so ungeheuerlich, daß wir der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erst Gelegenheit geben möchten, ihren Appell in allen Instanzen der städtischen Verwaltung zu erschöpfen, ehe wir uns so gründlich dazu äußern, als es der ganz gewöhnliche Wort- und Treubruch verdient.

Der Anleihe-Ausschuß

Der Stadtverordneten-Versammlung verhandelte in seiner Sitzung am Dienstag zuerst über die Straßenbahnen. Die Finanz-Deputation wollte für neue Linien reichlich 4 Millionen Mark eingestellt wissen und für den Umbau der Wagenhalle 3 in der Karolusstraße 500.000 Mark. Nach längerer Beratung, die sich besonders gegen neue „Auslandstreden“ wandte, das heißt gegen Linien in die Vororte, wurden für den Ausbau der Straßenbahn nur 2 Millionen Mark bewilligt, ohne zu bestimmen, welche Linien in den nächsten fünf Jahren auszubauen sind. Weitere 500.000 Mark sollen ganz allgemein für eine Wagenhalle vorgezogen sein und für den Streckenausbau mit verwendet werden, wenn eine solche nicht nötig ist.

Für die Wasserwerke verlangt die Finanz-Deputation 2.720.000 Mark aus den Mitteln der neuen Anleihe. Im

Ausschuß wurden 500.000 Mark für den Ausbau des Rohrenehkes gestrichen und das übrige bewilligt.

Die Elektrizitätswerke sind von der Finanz-Deputation mit 7 1/2 Millionen Mark bedacht worden, darunter 1 1/2 Millionen Mark für ein Wasserkraftwerk, das elektrischen Strom erzeugen soll. Von diesen 1 1/2 Millionen Mark sollte der Ausschuss 500.000 M. abstimmen aber den 7 Millionen Mark zu. Hierbei wurde mitgeteilt, daß sich die Elektrizitätswerke von 1900 bis 1911 gewaltig entwickelt haben; die Stromerzeugung betrug vor 13 Jahren 3,3 Mill. Kilowattstunden, 1911 dagegen 30,2 Millionen.

Für den Umbau des Kleinen Wehres westlich der Universitätsbrücke bewilligte der Ausschuss 380.000 Mark. Freitag werden die Verhandlungen fortgesetzt und voraussichtlich auch beendet.

Ungültige Vorschrift der Breslauer Grundsteuerordnung.

Die Firma Gebrüder Heymann hatte mietsweise vom Fabrikbesitzer K. einen Teil von dessen Grundstück Klosterstr. 80 zu Breslau übernommen, um dort eine Fabrik zu betreiben. Der Mietsvertrag sollte zunächst bis 1920 laufen. Gebrüder Heymann haben nun auf diesem Grundstück ein Fabrikgebäude errichtet. Sie wurden darauf zur Gemeindegroßsteuer herangezogen. Die Guttaxi klagte auf Freistellung. Der Bezirksauschuss wies die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht hob am 2. Dezember das Urteil auf und stellte die Firma mit folgender Begründung frei. Das Kommunalabgabengesetz kenne als Objekt der Besteuerung vom Grundbesitz lediglich das Grundstück. Gebäude, mögen sie beweglich oder unbeweglich sein, seien keine Grundstücke. Die bloße Besteuerung von Gebäuden, losgelöst von Grund und Boden, wie hier, sei unzulässig. Ungültig sei deshalb die Bestimmung des § 2 Absatz 3 der Breslauer Grundsteuerordnung, die besage: „Auf fremdem Grund und Boden angelegte Gebäude sind ohne Rücksicht auf den Wert des Grund und Bodens für sich zu veranlagen. Ungültig sei ferner die Bestimmung des § 3 Absatz 3, die für getrennten Besitz von Grund und Boden und von darauf stehenden Gebäuden solidarische Haftung der Eigentümer vorschreibe. Aus diesen Gründen müsse die Firma Gebrüder Heymann freigestellt werden.

An die organisierte Arbeiterschaft!

Auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete haben sich Organisationen gebildet, die zur unbedingten Notwendigkeit für jeden klaffenbemühten Menschen geworden sind. Die Arbeiterschaft hat sich starke Organisationen geschaffen. — Leider steht der größte Teil der Händler, Hausierer und Marktfahrer der Organisation gleichgültig gegenüber. Für diese Berufsgruppen ist nun hier der Deutsche Händler-Verband gegründet worden, einmal, um der Rechtlosmachung der Händler wirksam entgegenzutreten zu können, dann um auf die gelegentlich den Körperhatten Einfluß auszuüben. Der Verband steht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Nicht aller Händler, Hausierer und Marktfahrer ist es, sich dieser Organisation anzuschließen. Es trifft dieses leider in vielen Fällen nicht zu. Wir ersuchen nun die organisierte Arbeiterschaft, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen, und die beteiligten Berufsangehörigen auf unsere Organisation hinzuweisen.

Allen Händlern, Hausierern und Marktfahrern aber wollen wir anrufen: Organisiert Euch, um Eure Menschenrechte wirksam vertreten zu können. Sine in eine freie Organisation!

Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt an Deutscher Händler-Verband (Sitz Berlin). J. A.: Mag Slotko, Berlin D 112, Kronprinzenstraße 34.

\* Schaufensterbrand. Dienstag nachmittag brach im großen Schaufenster des Wobemarengeschäfts von Glücksman u. Co., Ohlaverstraße 71/72, durch Kurzschluß der Schaufensterbeleuchtung Feuer aus. Die Feuerwehr konnte den Brand mit der Eimerprüge löschen, bevor größerer Schaden entstanden war. Es wurden nur nur einige Gegenstände der Schaufensterauslage durch das Feuer vernichtet und die Scheibe des Fensters sprang durch die Hitze. Während der einstündigen Tätigkeit der Feuerwehr sammelte sich auf der Straße eine große Menschenmenge an.

Varietes.

\* Lieblich Etablissement. Den Alibi müßte seinen Anspruch „Alles schon dagewesen“ einer Korrektur unterliegen, wenn er Gelegenheit hätte, dem Lieblichen Etablissement einen Besuch abzustatten, wo gegenwärtig ein Amerikaner Mr. Willard auftritt, der, wie wir uns bei seinem gefrigen Besuch in unserer Redaktion schon überzeugen konnten, die sonderbare Eigenschaft besitzt, aus sich selbst um bis zu 20 Zentimeter herauszuwachsen. Willard mit seiner wechselnden Körpergröße und Arm- und Beinlänge ist jeder Zeit in der Lage, dem sich jetzt fast untrüglichen Maßsystem der Polizei ein Schnippschen zu schlagen, denn er kann nach Belieben seine Körpergröße verlängern oder in ihren ursprünglichen Zustand zurückverlegen. Willard, der ein medizinisches Kätzel ist, bildet eine ganz interessante Bereicherung des Programms. Aber auch sonst hat die Direktion Wandel bei der Zusammenstellung des Programms viel Sorgfalt bewiesen und anscheinend auch keine Kosten gespart. Den Akrobaten ist in diesem Monat ein großes Feld eingeräumt. Nicht weniger als 14 Personen, die sich auf drei verschiedene Gruppen verteilen, weiß das Programm auf. Allen voran marschiert die liebenswürdige bekannte Patty-Frank-Truppe mit ihren berühmten Doppelsaltomomaten. Ihnen folgt die Manello-Marne-Truppe, 4 Personen mit ihren ansehnlichen Kopfbalancen, und als dritte im Bunde das Willuhn- Trio mit prachtvollen Kraftleistungen. In die Nachfolge Otto Reuters teilen sich die Humoristen Paul Jülich mit seinen beiden Rekruten (die eigentlich schon zu den alten Mannschäften gehören müßten), und Georg Bauer, während Unteroffizier ist ein hier immer gern gelehener Gast, während Bauer mit seinen Schüttelkeimen und als Blüthler im besten Begriff steht, seinen Kollegen vom Fache ganz ernsthaft auf den Leib zu rücken. Charles Pauly bedingt sich als Vogel-, Tier- und Instrumenten-Imitator erfolgreich. Das Flötensolo der „Vaccarole“ aus „Hoffmanns Erzählungen“ war ein Meisterwerk. Felix Brunner ist ein erstklassiger Kunstradfahrer, der mit eifriger Ruhe und seltener Geschicklichkeit arbeitet. Der Stimmgeber an die Volkserhebung von 1813 dienen die Darbietungen des Carl Edward-Quartetts, in denen schöne alte Volkslieder mit gut geschulten Stimmen zum Vortrage kommen. Zum Schluß der Szene, die eine alte Studentenkränze darstellt, erteilt das alt niederländische Dankgebet mit Blödengeleit. Das Ende des Programms bildet eine farbenprächtige polnische Bauernhochzeit mit raffigen Länen und die optische Vertikalkatung. Da die Aufnahme aller Nummern eine gleich gute war, dürfte die Direktion trotz der Zeit vor Weihnachten der Sorge um gut und starkbesetzte Häuser überhoben sein.

Breslauer Orchester-Verein.

Generalprobe zum 5. Abonnements-Konzert.

Erquickend begann dieses ausgezeichnete besuchte Konzert mit der melodien A-dur-Sinfonie von Mozart. Je man schon lange nicht gehört hat und immer wieder gern hört, weil in ihr ein natürliches Empfinden zum Ausdruck kommt. Nach dem schmaligen, unerdaulichen Zeug, das man im Laufe eines Winters vornehmlich bekommt, wirkt eine Mozartsche Sinfonie doppelt erfrischend. Im Verlaufe des Abends gab es dann eine Orchester-Novität: Vier Konzerte nach Böcklinschen Gemälden von Max Regar Op. 128. Es ist unheimlich, wie fruchtbar dieser Neutöner ist: Das ist aber auch das Einzige, was er mit Schubert gemein hat! Trotz der vielen und großen technischen Schwierigkeiten sind diese Stücke — mit Ausnahme des zweiten „Im Spiel der Wellen“ keine eigentlich dankbaren Vortragsobjekte. „Der getragene Eremit“ — im Gegensatz zu Böcklin wirkt dieser Einsiedler mit Orchesterbegleitung — hat ein nicht unheimliches Hauptmotiv, bleibt aber in Ausdruck und Stimmung gar zu eintönig. „Das Bacchanal“ legt mit arotem Humor ein und weißt sehr originale Klangkombinationen auf, verliert aber in der weiteren Durchführung. Was Regar mit der „Toteninsel“ will, habe ich beim besten Willen nicht erraten können. Das Stück könnte gerade so gut den Titel führen „Das jüngste Gericht“; eine Toteninsel habe ich mir immer bedeutend stiller gedacht. Ich bin aber fest davon durchdrungen, daß sich auch das „Fährer“ finden werden, die allerlei geheimnisvolle Dinge aus dieser Nacht herauszuhören werden. Ge spielt wurde die Neuheit unter der anfeuernden Leitung des Herrn Prof. Dobrn ausgezeichnet. — Als Gast spielte Herr Bronislaw Huberman das selten gehörte Violinkonzert von Karl Goldmark. Die Melodie dieses nicht sonderlich dankbaren Stückes ist recht hübsch, aber die Orchesterbegleitung läßt und grünt allenthalben in den frischesten Farben. Schon dafür, daß man einmal etwas anderes zu hören bekommt, als die reichlich abgepielten Konzerte von Beethoven und Mendelssohn oder die gar nicht in einem Konzertsaal, sondern in die Studioküste gehörende, bis zum Ueberdruß abgelebte Chaconne von Bach, muß man dankbar sein. Im weiteren spielte Herr Huberman ein Adagio von Mozart und die „Campanella“ von Vaganini. Der Künstler, dessen Posieren manchmal stört, richtete mit seinem süßen, manchmal stark ins Sentimentale gehenden Ton und seiner ins Legendenhafte schwebenden Technik unter den die Stehplätze belagernden Tischen und denen, die schon lange darüber hinaus sind, eine ungewöhnliche Bewußtsein an. Der Beifall, der ein ungewöhnliches

Maß erreichte, wano dem Künstler eine Juwabe ab, die in dem ersten Satz der Bach'schen E-dur-Partita bestand. H. M.

Lobe-Theater.

„Die heitere Residenz.“

Lustspiel in drei Akten. Von Georg Engel.

Wachweiber männlichen und weiblichen Geschlechts beschäftigen sich für ihr Leben gern mit Politik. Und werden da und dort ein paar verdeckte Spitzen angebracht, so weiß sich der brave Bürgersmann nicht zu lassen. In diesem Falle ist er sehr, sehr bescheiden mit seinen Uniprüchen. Es wußte auch der alte Routinier Engel als er seine heitere Residenz schrieb. Und ist sich auch mit der Gründung der Episode nicht weit her, ja einige Gewaltthaten können fast den naivsten Glauben zerstören, so ist doch die technische Aufmachung recht sauber. Schade, daß in dem Stück nicht die Gelassenheit zu einigen aristokratischen Witzigkeiten gegen so manche Erscheinung in Berlin benutzt wurde. Aber da es bedarfs anderer Feder als die des Herrn Engel, der bei alledem in Servilismus erkrankt, wie er c. vererbt dem Pole die hausbackenen moralisierenden Anschauungen einer braven Philisterseele unterwirft.

Der Thronfolger irgend eines Potentaten im gesegneten Deutschland fährt alle Wochen mit seinem Adjutanten einmal in einer diplomatischen Mission nach Berlin. In Wirklichkeit amüsiert er sich vorwiegend mit den „kleinen Mädchen“, während seine Frau, eine russische Großfürstin, häßlich zu Hause bleibt. Die ganze Geschichte und manches andere wird durch ein anonym erschienen Buch, das von einer Poetame verfaßt ist, aufgedeckt. Darob große Aufregung am Hofe. Der Regent tobt im Kalternhoffstule. Zuletzt allgemeine Verwirrung.

Gespielt wurde unter der Regie des Herrn Lehndorff recht flott. Wodurch sich das Stück auch bei einem weniger bescheidenen Publikum Sympathien erwarb. Neben Herrn Lehndorff (als Polizeipräsident) Herrn Pfanz und Machold war besonders Fr. Urban als „Erbsprinzessin“ in ihrem köstlichen Spiel von prickelnder Wirkung. Fräulein v. Helling und Frau E. Strohm-Andron konnten sich in ihren dürftigen Rollen wenig zur Geltung bringen.

Die zweite Aufführung, die ich sah, war trotz der Regierelkame (das Jagdzimmer des dritten Aktes) recht schwach besetzt. Diesmal ein gutes Zeichen.



**Zur Arbeitslosenfrage**

Wirb uns aus dem Kreise der Metallarbeiter geschrieben: Unter dieser Ueberschrift verbreitet sich die „Schles. Ztg.“ vom 30. November des längeren über die Frage der Arbeitslosenversicherung und kommt hierbei auf den Stand der Arbeitslosigkeit zu sprechen. Nach ihrer Meinung gibt es keine Arbeitslosigkeit und die, welche es dennoch behaupten, ständen dem Wirtschaftsleben fremd gegenüber, schwächen nur das nach, was in der Arbeiterpresse darüber geschrieben werde, aber unwahr sei. Die erschreckenden Zahlen über die Arbeitslosigkeit, die selbst die „Schlesischen Zeitung“ nachstehenden Blättern mit einer gewissen Besorgnis besprochen worden sind, scheinen gar keinen Eindruck auf dieses Junkerblatt gemacht zu haben. Warum hat es sich nicht in der Arbeitslosen-Versammlung am Mittwoch, den 26. November, selbst überzeugt, wie weit das Elend bei tausenden von Familienbütern bereits geblieben ist? Nein; das will man nicht sehen; Elendbilder verderben die Laune und den Appetit.

Der Niedergang auf dem Arbeitsmarkte geht so rasch und sprunghaft ein, daß in verschiedenen Berufsgruppen ein wahrer Schrecken eingeht. Das trifft besonders in der Metall- und Maschinen-Industrie zu. Wir können besonders in Breslau eine ganze Anzahl von großen Betrieben nennen, so Keinecke, Albert Knaut, Enginger, Hedemann, Suckow, Breslauer Armaturenfabrik, C. Wollheim und andere mehr, die in einzelnen Abteilungen weit über die Hälfte aller Arbeiter entlassen haben. Bei Keinecke waren in der guten Zeit stets 25 Former beschäftigt, heut 7, in der Drecherei bei Enginger 26 bis 27 Mann, heut 4, in der Gießerei vorm. Gebr. Gutsmann zu Zeiten etwa 55 Former, heut kaum 10.

Die Folge davon ist, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband allein in den Monaten Oktober und Dezember 190 Mitgliedern in andere Städte Deutschlands befördern mußte, um nur das Meer der Arbeitslosen etwas zu vermindern.

Nun wird aber dem Metallarbeiterverband der Vorwurf gemacht, er habe es verhindert, daß ein Teil der Arbeitslosen nicht auf die Werkstätten in Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Hamburg, Kiel usw. gegangen sei. Da, liebe „Schlesische“, richte keine Vorwürfe an die Werkstätten dieser Orte, die aus reinem Mangel heut noch viele Hunderte nicht einstellen. In Hamburg allein tagte vergangene Woche eine Versammlung von 500 Werkstattem, die trotz wiederholter Bitten nicht mehr eingestellt werden. Diesen die Möglichkeit zu nehmen, noch vor Weihnachten ein Unterkommen zu finden, wäre geradezu verbrecherisch. In Bremen sind seit etwa vierzehn Tagen diese Verfühlungen geschwunden; deshalb werden im Bureau des Metallarbeiterverbandes täglich alle Arbeitslosen darauf aufmerksam gemacht und ihnen die Reise durch eine Beihilfe zu erleichtern versucht. Der Bremer Agent war persönlich im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes und hat mit dem Arbeitsvermittler alles besprochen.

Also alles Klunker, was die „Schlesische Zeitung“ schreibt, nur dazu angetan, die Öffentlichkeit gegen eine Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenversicherung aufzufachen. Vor allen Dingen hat es dem Artikelreiber auch die Arbeitslosenzahlungen angehen, die uns sicherlich erschreckende Zahlen zeigen wird. Und noch ehe diese Elendszahlen an die Öffentlichkeit kommen, bemüht man sich, den Wert der Zahlung herabzusetzen. Wo es sich um höhere Löhle und Liebesgaben für die Junker und Schnapsbrenner nicht handelt, da ist die Schatzkammerpresse noch immer wütend gegen die geringsten Ausgaben zu Felde gezogen.

**Verstöße gegen die Arbeiterschutzbestimmungen**

beschäftigen fortwährend die hiesigen Gerichte. Bisher kann nicht gesagt werden, daß die Gewerbeinspektion alle Uebertretungen auf diesem Gebiete zur Anzeige bringt. Gewöhnlich läßt sie es zunächst bei einer Verwarnung bewenden, und erst wenn diese nichts fruchtet, folgen Strafmandate. So wurden bei Revisionen in der hiesigen Spitzenpapierfabrik von Fingerrhut u. Co., G. m. b. H., in der Gartenstraße im Jahre 1912 wiederholt Uebertretungen der gewerbepolizeilichen Vorschriften festgestellt. Den jugendlichen Arbeitern wurde nicht die vom Gesetz geforderte 1/2 stündige Vesperpause regelmäßig gewährt und die vorgeschriebenen Anschläge in den Arbeitsräumen ließen bestimmte Vorschriften vermissen. Die Gewerbeinspektion ließ den Fabrikhabern eine Warnung zugehen, die zwar anfangs beachtet und befolgt wurde, aber nach Monaten ließ die Wachsamkeit wieder nach und die alten Uebelstände bürgergerieten sich wieder ein. Nach einer neuerdings erfolgten Revision durch eine Gewerbeinspektionsassistentin gingen den Kaufmann Hermann und Moritz Fingerrhut, sowie dem Werkmeister Karl Straßbühl zu, gegen die sie Einspruch erhoben.

Die Sache kam am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Das Gericht konnte den Einwand nicht als stichhaltig gelten lassen, daß den jugendlichen die Mittagspause aus freien Stücken verlängert worden sei, damit im gegenseitigen Einverständnis die Vesperpause in Wegfall komme. Selbst wenn ein Arbeitgeber aus reiner Nächstenliebe seinen Angestellten drei Stunden Tischzeit gewähren wollte, so ist er dennoch daran gehalten, die Vesperpause zu gewähren, die das Gesetz für jugendliche Arbeiter in gewerblichen Betrieben ausdrücklich fordert. Im vorliegenden Falle waren die in Frage kommenden jugendlichen dem Angeklagten Gehülfe unterstellt. Er war also der in erster Linie Verantwortliche. Nach § 151 der Reichsgewerbeordnung kann neben der eigentlich verantwortlichen Person auch noch der Arbeitgeber in Strafe genommen werden, wenn diesem die Uebervachung und Beaufsichtigung des Betriebes sehr wohl möglich ist. Wie die Assistentin als Zeugin behauptete, liegt das Fabrikgebäude hinter dem Vorderhaus und in diesem befindet sich das Fabriklokal. Danach waren die Voraussetzungen des § 151 der R.-G.-O. gegeben. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung der beiden angeklagten Fabrikherren und verurteilte nur den angeklagten Werkmeister zu zehn Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis. Die Freisprechung der Fabrikhaber motivierte der Vorsitzende dahin, daß ihnen hauptsächlich die kaufmännische Leitung des Betriebes obliegt. Es sei billigerweise von ihnen nicht zu fordern, auch im technischen Teile des Unternehmens fortwährend nach den Schutzbestimmungen und ihrer Erfüllung zu sehen, zumal wenn bestimmte Angestellte damit betraut worden sind.

Wir sind der Ansicht, daß ein Unternehmer nicht nur auf das Zeigen und Fallen des Profits sein Hauptaugenmerk zu richten hat. Es ist wahrlich nicht zu viel von einem Unternehmer gefordert, daß er auch dort, wo fleißige Arbeiterhände schaffen, nach dem Rechten sieht und sich nicht bloß auf seine Angestellten verläßt.

**Der Dieb in der Garderobe.**

Im Hauptrestaurant der Jahrhundertausstellung waren etwa achtzig Kleider beschäftigt, die für ihre Ueberzieher Stöße, Hüte und so weiter einen besonderen Garderobenraum zur Verfügung hatten. Obwohl kein Unbefugter dort hineinkam, kamen fortwährend Gegenstände aus den Taschen der im Garderobenraum aufbewahrten Kleidungsstücke weg, und es war trotz aller Nachsicht zunächst nicht möglich, dem Diebe auf die Spur zu kommen. Einige Kleider war es aufgefallen, daß der im Restaurant beschäftigte jugendliche Kleider Junius Berg sich oft während der Geschäftszeit im Garderobenraum zu schaffen machte. Der anfangs leise gehegte Verdacht verstärkte sich gegen Berg immer mehr, bis man ihm eines Tages die Taschen revidierte, und da zeigte sich, daß man den Richtigen erwischt hatte. Berg hatte nämlich kurz vorher ein paar Schuppenpfeile und ein seidenes Taschentuch im Garderobenraum gemauert und diese Dinge konnten ihm abgenommen werden. Ein goldener Ring war mit den Knöpfen zugleich verschwunden, aber der „amte in Bergs Taschen nicht gefunden werden, obgleich mit Sicherheit anzunehmen ist, daß er auch den Ring hat mitgehen lassen. Das Schöffengericht, vor dem sich der dritte Dieb ar-

Denstag zu verantworten hatte, nahm den Ringbleibhakt an und erkannte auf 3 to 1 Wochen Gefängnis an. Der Staatsanwalt hatte nur eine Woche Gefängnis anträgt.

**Prahlerische Ankündigung von Heilmethoden.**

Die im Jahre 1908 ergählte Vollzeiterordnung des Reichspräsidenten zu Breslau vom 23. September 1902 (S. 10) der Gebrauch, der Verantwortliche des Kaiserlichen „Generalanzeigers“ in Breslau, übertreten haben. Diese Verordnung heißt im § 4:

„Die öffentliche Ankündigung von Geheimsachen, Vorratsangaben, Methoden oder Mitteln, die zur Verhütung, Eindämmung oder Bekämpfung von Menschen- oder Tierkrankheiten bestimmt sind, ist verboten, wenn ihnen besondere, über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkungen beigelegt werden oder wenn das Publikum durch die Art ihrer Anpreisungen irreführt oder belästigt wird.“

Der Vergrüßer wurde für die Aufnahme einer Anzeige verantwortlich gemacht, die über Dr. Eduard Biavao-Pades, dessen Gebrauch bei Buchleiden sehr angepöndelt wird, die freudige Nachricht für alle Buchleiden“ wird angekündigt, daß bei Gebrauch von Biavao-Pades keine Buchbänder mehr nötig seien. Es heißt u. a.: „Küsst nicht, drückt nicht, ist wie ein Samt; die schmerzenden Buchbänder können für immer angelegt werden.“

Die Strafkammer in Breslau sah den Tatbestand des § 4 als erfüllt an und verurteilte den Angeklagten. Es lag Revision ein und machte geltend, die Verordnung könne gegen ihn als Redakteur nicht angewendet werden. Er verwies darauf, daß die Verordnung 1 03 ergänzt sei durch die Ueberrichtschrift: „Vollzeiterordnung, betreffend die Ausübung der Heilmethoden durch nicht approbierte Personen.“ Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Die Vollzeiterordnung gelte nicht nur für Kurpfuscher, sondern auch für Redakteure. Der Angeklagte sei strafbar auf Grund der Spezialbestimmungen des § 4, ohne Rücksicht darauf, daß er kein Kurpfuscher sei. Mit Recht sei Angeklagter verurteilt worden.

\* Für Arme! Es wird uns geschrieben: Im Feinmattgeschäft „Schwarzes Kreuz“ auf der Hinterbleiche 1, werden schon seit mehreren Tagen an Unbedürftigen Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied des Glaubens, christlichen oder jüdischen, obgleich schon mehr als 500 Personen reichlich beschenkt worden sind, ist noch ein Rest von mehreren Hundert Köden und etlichen Tausend Hüten vorhanden, die mit verschiedenen anderen Kleidungsstücken Donnerstag den 4. und Freitag, d. 5. Dezember verteilt werden sollen und zwar von vormittags 9 Uhr bis mittags 2 Uhr, soweit der Vorrat reicht. Später vorgebrachte Wünsche können nicht mehr berücksichtigt werden. Wir betonen hier noch darauf hingewiesen, daß die Geschäftsführung des „Schwarzen Kreuzes“ wegen der vielfachen Unannehmlichkeiten und Unterbringungen zur Zeit nicht mehr bewilligen kann. Man möge deshalb die zahlreich einlaufenden Bitte- und Unterstützungsgeluche unterlassen.

\* Die spanischen Schatzschwindler. In den letzten Tagen haben einige Einwohner Schreiben erhalten, worin um Ueberzahlung von 600 Mark gebeten wird, die dem Abfender des Schreibens zur Verfahrt nach Breslau dienen sollen, um hier einen großen verborgenen Schatz zu heben. Als Entschädigung für die vorgestreckte Geldsumme wird dem Empfänger des Briefes der dritte Teil des Schatzes zugesichert. Es sei hier ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um sogenannte spanische Schatzschwindler handelt, die es nur auf Geld abgesehen haben. Es sei deshalb eindringlich gewarnt.

\* Vom Zirkus Busch. Der Rücktritt des Kommissionsrates Paul Bary und die Auflösung des Zirkus Busch ist nunmehr, wie aus Berlin gemeldet wird, dadurch besiegelt, daß Kommissionsrat Albert Schumann vom kommenden Jahre an alle drei Gebäude des Zirkus Busch in Berlin, Hamburg und Breslau für sein Unternehmen auf mehrere Jahre gemietet hat.

\* Zusammenstoß. Auf der Leuchtstraße fuhr am Montag ein Federwagen gegen den Handlaren eines Straßenkehrers, wobei der Straßenkehrer eine bedeutende Verletzung am Arm erlitt.

\* Eisenbahnbleibhakt. In einem Abteil 4. Klasse eines Eisenbahnwagens aus Oberösterreich ist einer Frau ihr Vortermine aus Krottilleber mit 19 Mk. aus der Tasche gestohlen worden.

**Aus aller Welt.**

**Dem er hatte keine Herberge!**

(Ein Weihnachtsmärchen.)

Der Arbeiter Karl Freiß ist 77 Jahre alt und „ohne festen Wohnsitz“. Trotz diesem hohen Alter ist Freiß unbeschäftigt, bis auf 3 Mark, die er wegen „Betrug“ erhalten hat. Der Mann hatte einmal bei einem Bezirkskommando als „Veteran“, der „64, 66 und 70 mitgemacht“, Unterstützung beansprucht. Bei der Nachforschung stellte sich dann heraus, daß Freiß garnicht Soldat gewesen war. An einem Tage im September legte sich der obdachlose Greis in einem Felde bei Dorfmann müde und nach abends in einen Strohhäufchen um dort zu schlafen. Der Besitzer des Grundstücks ritt noch spät mit zwei Knechten ins Feld und auch an den Strohhäufchen. Die Pferde traten dem alten Manne auf die Beine. Der Greis hat auf die barische Aufforderung, sich fortzuscheren, ihn doch liegen zu lassen, er tue ja nichts, Geld habe er nicht und er wisse nicht, wohin. Der Landwirt gab dem Alten 20 Pfg. mit dem Bemerkten, daß er eine Herberge zu gehen. Dazu waren aber 30 Pfg. notwendig. Als der Bauer und seine Arbeiter wieder fortgeritten waren, ging Freiß abermals nach dem Strohhäufchen. In einem zweiten Haufen schlief ein Bekannter des Alten. Er wurde nachts noch und er sah, daß der Strohhäufchen brannte. Freiß ging am Morgen zur Polizei, welche sich krank und obdachlos und bestiegte sich der Brandstiftung. So bekam der alte Mann, was er gern haben wollte: ein Obdach, nämlich im Gefängnis. Freiß stand am Sonnabend vor dem Schwurgericht in Dorfmann. Er blieb bei seinem Geständnis. Das Urteil habe ihm geschnitten, so gab Freiß an; er habe nicht mehr recht voran gekommt und nicht gewußt, wohin; da sei ihm der Gedanke gekommen, das Strohhäufchen anzuzünden, damit er ins Gefängnis komme!

Der Greis mit weißen Haaren erhielt 8 Monate Gefängnis. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Strafe empfinde, antwortete der Alte: „Ja, ja! Da bekommt man wenigstens zu essen!“ Und der Mann knippte in seine Jacke.

Das Schicksal des Greises in allen Stichen der Christenheit: „Es ist Zeit in der Höhe, ziehen auf Erden und den Neuen ein Wohlfühlen!“ Bewagene Gemütes und fromm erscheinend wird des Märchens gedacht, daß der Heiland in einem Felde geboren sei, obwohl man keine Herberge gehabt. Und man haßt seinen Gott, daß wir es nicht ist, so herzlich wird gebetet, daß die „Kampfschiffe“ voll, und daß für den Arbeiter „gefragt“ ist, als in hohe Alter...!

**Die Cholera in Rumänien.**

Die letzten Erhebungen über den Stand der Cholera in Rumänien lauten sehr ernst. Ein Drittel aller in den Krankenäußern eingelieferten Patienten sind choleralkrank. Die Regierung hat alle Vorkehrungsmaßregeln getroffen, um das Ausbreiten der Seuche, die zu Beginn des Frühlings am heftigsten auftritt, zu verhindern.

**Agarische Pashawirtschaft auf dem Lande.**

Der wohlhabende Landwirt Otto Reisch aus Weizen bei Halle an der Saale stand vor dem Schwurgericht wegen Raubtötung unter Anklage. Obwohl der 30-jährige Mann verheiratet ist, soll er wiederholt seine Dienstmädchen vergewaltigt haben. Auch die vierzehnjährige Tochter eines vergewaltigen konnte er nicht. Die Verhandlung zu der 19 Zeugen anwesend waren war nicht öffentlich und hatte das Ergebnis, daß Reisch unter Verurteilung mildernden Umstände zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung wurde betont, der Angeklagte besitze einen außerordentlich feinen Hang und habe ihn gerade gegen solche weibliche Personen betätigt, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm standen und ihm des ab weniger Widerstand entgegenzusetzen konnten. Einige Vergewaltigte sollen mit Geld „abgefunden“ worden sein.

**Schweres Autounglück.**

Zwischen Holthausen und Laer geriet eine Automobilwache aus Münster in Reife. In den Chauffee-graben und alle vier Insassen wurden herausgeschleudert. Der Chauffeur wurde auf der Stelle getötet und die drei Fahrgäste so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Was ein Penitent sich alles gestattet kann. Eine nächtliche Straßenjente, die durch einen trunkenen Offizier veranlaßt wurde, beschäftigte das Kriegsgesicht in Thorn. Leutnant Hans Ritter vom 61. Infanterieregiment beobachtete in einem Restaurant in ansehnlichem Zustande einen Gast mit dem Namen, so daß einige Kameraden, die sich in Zivil in dem Lokal befanden, es für gerathen hielten, dem Offizier die Waffe vorzunehmen und ihn im Automobil nach Hause zu schaffen. Leutnant Ritter weigerte sich jedoch, ohne einen der Wagen zu besorgen und verlangte auf der Straße so lärmend nach der Waffe, daß ein Menschenauflauf entstand. Ein vorübergehender Sergeant glaubte dem Leutnant beistehen zu müssen (natürlich) und ergriff dem Offizier in Zivil den Fegen. Da insolge dessen ein Handgemenge entstand, alarmierte ein anderer Offizier in Zivil die Wache des Arresthauses. Dieser gegenüber spielte sich Leutnant Ritter als Vorgesetzter auf und bewahl den Soldaten, das Seitengewehr aufzupflanzen. Der Sergeant machte schließlich einige Unteroffiziere vom 61. Infanterieregiment ein Gede, indem sie ihm den Fegen abnahmen.

son sich wegen dieses Kommisses eine Anklage wegen unterbreitenden Lärms und Annahmens einer Verlesung des Reichspräsidenten hielt war die Strafausschließungsanträge des § 51 des Strafgesetzbuches nicht als vorliegend, sprach aber dennoch der Angeklagte frei, da ihm unter dem Einfluß des Alkohols wohl nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß er nicht Vorleser der Wache sei. Auch wurde nicht für erwiesen erachtet, wer bei dem Willen, die Ruhe der unterbreitenden Lärms eigentlich verursacht hat.

Wir haben noch nicht erlebt, daß ein Arbeiter, weil er bei Verübung eines Exzesses strukturen war, darum reichgeworden wurde. Oder legt man bei ihm eine höhere sittliche Energie voraus als bei einem Offizier? Denn ein andere Deumna ist doch nicht ungelassen, da noch vor dem Gesetze alle gleich sind.

Der fliegende Bedriener im Geschäftseuer. Der französische Flieger Bedriener, der am Montag seinen Flug von Wien nach Konstantinopel fortsetzte, ist nachmittags in Belgrad gelandet. Beim Ueberfliegen der Festung Peter war ein Luftschiff Bedrieners in Belgrad abgebrannt und auf ihn geschossen worden, so daß er davon von 500 Metern aufschrecken mußte.

Ein Trübsinn-Insult in Madrid. Während einer Versammlung der Sozialisten und der Republikaner stürzte am Dienstag vormittag in Madrid eine Tribüne ein, wobei ein Priester und mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. Nach Beendigung der Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Verdammter ist verwundet worden.

Ein Mordmörder Selbstmord begangen. In der Nacht zum Dienstag um 11 Uhr dra g in Damburg in die Wohnung einer Witwe Kreismeier ein Mann ein, verhielt die Frau zu erwürgen und drohte auch mit einem Revolver. Der aber verjante. Die Frau schrie um Hilfe. Als ein Schußmann bei eilte sprang der Mann aus der Wohnung, die im dritten Stockwerk liegt, durch das Fenster auf die Straße, wo er mit gebrochener Brusthäute tot liegen blieb. Es handelt sich um einen Bekleidungsarbeiter Blankenburg.

Blutopfer auf Savanna? Großes Aufsehen erregt in Savanna die Verhattung von sehr Liegen einer der „indianischen“, zu Zwecken des Blutopfers ein weißes Mädchen ermordet und das Blut aufgefressen zu haben. Sie suchten dann die Spuren ihrer Tat dadurch zu verbergen, daß sie den Körper zu verbrennen und das Haus, in dem der Mord geschah, mit Dynamit in die Luft zu sprengen veruchten. Die Explosion wurde von Polizisten gehört, die ins Haus eindrangen und dort den brennenden Körper des Blutopfers voranden. Die Polizei glaubt, es ist einer Seltis zu tun zu haben, die über das ganze Land verbreitet ist und unter Anleitung ihrer Priester fortlaufend Blutopfer bringt. Die Verhattung mehrerer, der Polizei bekannter Priester dieser Seltis steht nahe bevor.

**Kleine Notizen.**

Ein Mittel gegen die Klauenflechte. Zwei Mitarbeiter des Pasteurischen Instituts in Moskau, die Doktoren Brizze und Raquet, haben, einer Vätermeldung zufolge, ein wirksames Mittel gegen die Klauenflechte der Schafe entdeckt. Das Kaiserlich-ministerium hat angeordnet, daß alle aus Algier nach Frankreich



### Die Wanderschmied- und Bühnen-Ausstellung

im Gewerkschaftshause ist täglich von 5 1/2-9 1/2 Uhr Nachmittags zur unentgeltlichen Besichtigung geöffnet. Vereine, die in dieser Woche ihre Versammlungen im Gewerkschaftshause abhalten, setzen darauf besonders hingewiesen.

**Die Einnahmen der kaiserlichen Straßenbahn** betragen im Monat November 185 80,88 Mark, im gleichen Monat des Vorjahres 166 28,10 Mk., mithin in diesem Jahre mehr 59 178,55 Mk.

**Wahrung, Maurer!** Ein Schreibrief auf den Namen Max Nordke ist gefunden worden; er kann gegen einen Ausweis im Bureau des Bauarbeiterverbandes abgeholt werden.

**Schwerer Zusammenstoß.** Auf der Kaiser-Wilhelmstraße, Ecke Sadowastrasse, stieß am Dienstag nachmittag ein Automobil, das um die Ecke gefahren kam, mit einem Geschäftswagen einer Zettelmasserfabrik zusammen. Der Unfall war sehr heftig; das Pferd stürzte und wurde so schwer verletzt, daß es von einem herbei-gerufenen Hofschlichter an Ort und Stelle getötet werden mußte. Das Pferd hat einen Wert von 400 Mark; der Besitzer ist versichert.

**Einbruch.** Aus einem unverschlossenen Pühnerstall auf der Promnitzstraße sind mehrere Pühner gestohlen worden. Aus einem Geschäftslokal auf der Neuen Schwedischerstraße ist ein Wassermotoren und Zubehör gestohlen worden. Auf der Zehrenbühnenstraße hat ein Dieb die große Schaufensterscheibe eines Geschäftslokals gewaltsam zertrümmert und aus der Auslage vier wertvolle Oberhemden gestohlen. Nach einer Wohnung auf der Wallenhausstraße stahl ein Einbrecher einen nützlichen Koffer ab, erbrach einen Schreibstisch und stahl etwa 10 Mark, eine Anzahl Briefmarken und eine Schachtel Zigarren.

**Festgenommen** wurden zwei Arbeiter, die am 16. November einen Einbruch in einem Stall auf der Scheitnigerstraße begangen und dabei eine Anzahl Pühner gestohlen hatten. Ferner gelang es der Kriminalpolizei, die Täter zu ermitteln, die in der Nacht zum 26. November einem Maurermeister am Brühlental aus dem verschlossenen Stall acht Pühner und 90 Kaninchen gestohlen hatten. Ferner wurden noch zwei andere Männer ermittelt und festgenommen, in deren Wohnung die gestohlenen Tiere abgetödtet und verkauft worden sind.

### Vereine und Versammlungen.

**Die Verbandsmitglieder der Gewerkschaften** und die Distriktsleiter versammeln sich Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, um über die Krankenkassenwahlen zu beschließen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Der Wahlschluß.

**Gewerbevereins-Vorstand.** Freitag abend im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Redakteur Neufirch hält einen Vortrag über: „Die Auflösung des Uhrvertrages“.

### Aus Breslau (Land)-Dienst.

So wird gemacht.

Das Preisblatt für den Landkreis Breslau vom 3. Dezember bringt folgende Bekanntmachung an die Ortsvorstände:

Die Gemeindevorstände des Kreises veranlassen ich, mit befristet bis spätestens den 15. Dezember d. J. die Zahl der Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren, getrennt nach männlichen und weiblichen, für die Gemeinde und den Amtsbezirk gesondert, nach dem Stande vom 1. Dezember d. J. anzugeben.

Den erforderlichen Anhalt bieten die für die Personenstandsaufnahme aufgestellten, bei den Ortsvorständen aufbewahrten Ausklisten. Dieselben sind, falls sie mit dem Personenstandsmaterial eingereicht worden sind, zurückzubringen.

Die Zahl der Jugendlichen aus dem Amtsbezirk ist von dem Ortsvorstande zu ermitteln, falls sie von diesem nicht unangeordnet alsbald mitgeteilt wird. Die Ortsvorstände wollen also die Zahl aus ihrem Bezirk binnen 5 Tagen dem Gemeindevorstand mitteilen. Das Alter der jungen Leute dürfte bei der geringen Zahl im Amtsbezirk unschwer festzustellen sein. Ausländische Saisonarbeiter und -arbeiterinnen kommen nicht in Betracht.

Breslau, den 29. November 1913.

Was soll das bedeuten. Will man jetzt den ganzen behördlichen Apparat am liebsten in den Dienst der Jugendbewegungs-bewegung stellen? — Uns scheint, die Herren Landräte, Amts- und Gemeindevorsteher hätten wahrhaftig was anderes zu tun. So herrlich steht es doch im Gebiete ihrer bisherigen Tätigkeit nicht aus, daß garnichts mehr zu bestern wäre.

Uebrigens tritt der Verfasser dieses Rundschreibens, wenn er meint, die jugendlichen ausländischen Saisonarbeiter kämen nicht in Betracht. Gerade diesen wäre eine Jugendpflege nötig. Hier hätte die Polizei eine gute Gelegenheit, sich nützlich zu machen. Der übrige Jugend aber bleibe sie am besten fern. Landräte sollten sich um die Ausübung ihres Amtes bekümmern und die Erziehung der Jugend, sofern es nicht ihre eigenen Sprößlinge sind, berufener Leuten überlassen, dieneil sie das, um ein Kaiserwort zu gebrauchen, garnichts angeht.

**Herdan-Diirgog.** Der letzte Frauenabend war recht ansehnlich. Einmal sprach über die Entwicklung des Sozialismus. Die Frage der Krankenunterstützung wurde auf den nächsten Frauenabend vertagt. Nach Abington einer Veder endete die Zusammenkunft.

— Gestohlen wurden in der Donnerstagnacht auf der Verdammstraße 78 mehrere Pühner. Einige schlachteten die Tiere gleich am Orte.

### Schlesien und Posen.

**Strehlen, 8. Dezember.** Eine Wanderschmied- und Jugend- und Volks-Literatur-Ausstellung veranlaßt der hiesige Bildungs-Ausschuß vom 7. bis 14. Dezember im Gasthof zur Stadt Breslau. Allen Genossen und Genossinnen ist der Besuch der Ausstellung nur zu empfehlen. Der Bildungs-Ausschuß.

### Wasserstands-Nachrichten der Oder.

| Ort         | Wasserstand | Ort  | Wasserstand | Ort | Wasserstand |
|-------------|-------------|------|-------------|-----|-------------|
| 8. 12. 1913 | 1.64        | 1.50 | 1.80        | 0.5 | 0.4         |
| 2. 12. 1913 | 1.48        | 1.40 | 1.75        | 0.4 | 0.3         |
| 1. 12. 1913 | 1.48        | 1.40 | 1.75        | 0.4 | 0.3         |

### Briefkasten.

**M. Michaelisstraße.** Der Herr in Kreis-Bezirk gehört zum Regierungsbezirk Posen, ist also preussisch. Die 10. ist die Post, daß in einem solchen Falle nichts vom Sohne abgezogen werden sollte. Wir sind ein

## Neueste Nachrichten.

### Schredensregiment in Zabern,

Am Freitag hält der Kriegminister im Reichstag eine Verteidigungsrede für Forstner und Schwört, daß Militär keinen Schritt von der Bahn des Gesetzes abweiche. Zur selben Stunde veranlassen Forstner, Neuter und Genossen in Zabern föhliche Menschenjagden. Die Zivilbehörden protestieren, der Statthalter, der Kreisdirektor lassen in Intervall keinen Zweifel darüber, daß sie die Schredensherrschaft der Soldaten mißbilligen, der Gemeindevorstand setzt Reichstag, Kaiser und Reichstagsleiter telegraphisch in Bewegung, am Montag hält Herr v. Westmann-Hollweg im Reichstag eine schöne Rede, daß die „Autorität der Gesetze“ unbedingt geschützt werde: zur gleichen Zeit liefert der jüngste Leutnant des 99. Infanterieregiments die glorreiche Schlacht von Dettweiler. So steht es in Deutschland mit der Autorität der Gesetze! Der jüngste Leutnant darf ihr trotz dem Säbel in der Hand!

**Berlin, 8. Dezember.** Der Staatsrechtler Professor Laband in Straßburg hat sich einem Berichterstatter der „Voss. Zig.“ zufolge bahnt ausgesprochen, daß Militär habe sich in Zabern ungesetzliche Eingriffe in die Zuständigkeit der Zivilbehörden zuzuschulden kommen lassen. Die preussische Kabinettsorder von 1820 sei in Elsaß-Lothringen nicht eingeführt. Als ungesetzlich bezeichnete Professor Laband weiter die zwölfwöchige Einsperrung der verhafteten Personen. Professor Laband, wird, wie er bemerkte, im Elsaß-Lothringischen Landtage als Sprecher der entschiedenen deutsch gerichteten Gruppe der Ersten Kammer das Wort ergreifen.

### Gegen die militärischen Rechtsbrecher!

**Straßburg, 8. Dezember.** Die Bürgermeister der Mittelstädte Elsaß-Lothringens hielten hier gestern im Landtagsgebäude eine Versammlung ab, in der sie angesichts der Vorgänge in Zabern ihre Sympathie für diese Stadt und ihren Bürgermeister bekundeten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß durch das Verhalten der Militärbehörde das Staatsinteresse in unvorantzähliger Weise gefährdet worden sei. Die Versammlung stellte fest, daß seitens des Kommandos der Garnison Zabern ein schwerer Eingriff in die Polizeigewalt des Bürgermeisters unter Verletzung der Bundesgesetze verübt worden sei. Zum Schluß wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der allen Bürgermeistern auf Grund ihrer Ernennungsurkunde im Namen des Kaisers zugesicherte Schutz bei der Ausübung ihrer Befugnisse seitens der Militärbehörden respektiert werde.

**Straßburg, 8. Dezember.** Gestern abend fand nun auch eine vom Straßburger Fortschrittverein veranstaltete große Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Militärverwaltung in Zabern statt. Es wurde in der von etwa 8000 Personen besuchten Versammlung, unter vielen Beifallkundgebungen während der Reden von Reichsanwalt Bruno Weil und Abgeordneten Wolf, folgende Entschliessung gefaßt:

Die vom Straßburger Fortschrittverein einberufene, von etwa 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung mißbilligt auf das entschiedenste die bisherige Art der Behandlung der Zaberner Vorgänge und protestiert gegen die dauernde provokatorische Haltung der militärischen Instanzen, sowie gegen den in der Verletzung der persönlichen Freiheit und Hausfriedensbruch bestehenden unerhörten Rechtsbruch. Die Versammlung bekennt, daß die Elsaß-Lothringische Regierung es bisher an der allgemein erwarteten Befundung ihrer Solidarität mit der Bevölkerung gegen das Vorgehen des Militärs hat fehlen lassen und erwartet, daß sie ihr Weibchen im Amt abhängig gemacht hat von der restlosen Beobachtung der geltenden Gesetze auch durch das Militär und von der völlig befriedigenden Genugtuung für die geschehene Rechtsverletzung. Auf jeden Fall erwartet sie vom Reichstagsleiter, Bundesrat und Reichstag, daß diese für die ungesäumte Herstellung des schwer gestörten Rechtsfriedens sorgen werden, und daß die Achtung vor den geltenden Gesetzen jedermann gegenüber erzwungen wird.

### Der Sturz der französischen Regierung.

**Paris, 8. Dezember.** Als Deschanel in der Kammer erklärte, daß das Gesetz über die Unantastbarkeit der Renten abgelehnt worden sei, entstand auf allen Bänken ein fürchterlicher Lärm. Alles schrie durcheinander. Von der nationalistischen Seite erhob sich Villant und schrie laut in den Saal: „Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit!“ Barthou und seine Kollegen verließen ruhig ihre Sitze und besetzten an Vaillant vorbei; sie riefen: „Hoch Frankreich.“ Um 8,40 Uhr verließen die Minister das Palais Bourbon und begaben sich sofort nach dem Elysee, um zunächst mit dem Präsidenten der Republik zu verhandeln. Der Präsident drückte Barthou wiederholt herzlich seinen Dank für die treue Hilfe aus und nahm schließlich die Demission des Kabinetts an, wobei die Minister gebeten wurden, vorläufig im Amt zu verbleiben. Um 9 Uhr verließen sie den Präsidenten. Sie versammelten sich kurz darauf in einem intimen Diner. Den auf sie wartenden Journalisten gaben sie auf die zahlreichen Fragen nur die einfache Antwort, daß sie gut gekleidet hätten und nun verdauen müßten. Heute vormittag wird der Präsident der Republik Barthou noch als empfangen um sich mit ihm noch einmal eingehend über die augenblickliche Lage zu unterhalten. Nachdem wird Poincaré die Präsidenten des Senats und der Kammer zu sich rufen um auch mit diesen die Lage zu besprechen. Man weiß noch nicht, wer mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird, spricht aber bereits von Doumergue, Briand, Pichon usw. Die Lage ist jedenfalls noch sehr unübersichtlich.

### Wieder ein Ansturzschritt.

**Dresden, 8. Dezember.** Nach Meldungen der „Dresdener Nachrichten“ soll gegenwärtig ein neuerhendes betäubendes Pulver für Militärzwecke vom Kriegsministerium geprüft werden, um seine Verwendungsmöglichkeit für den Kriegsfall festzustellen.

### Spies der Arbeit.

Auf Schacht 3 der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Essen wurden 6 Bergleute durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet. Einer ist tot, die übrigen 5 wurden lebensgefährlich verletzt.

### Schwerer Bauunfall.

Am Dienstag nachmittag stürzte in Dörfel, Provinz dem Neuba der katholischen Kirche in Dörfel ein Mauer ein, wobei ein Arbeiter getötet und neun andere schwer verletzt wurden.

**Fliegertob.** London, 8. Dezember. In der Nähe von Eastchurch ist gestern nachmittag Kapitän Lushington, mit dem noch gestern Sir Winston Churchill einen Flug unternommen hatte, tödlich verunglückt. Er stürzte mit seinem Flugzeug ab und blieb tot unter den Trümmern liegen. Der Offizier, der ihn begleitete, erlitt leichte Verletzungen.

**Minister gesucht.** Paris, 8. Dezember. Wie der Korrespondent des „Frischen Telegraphischen Bureaus“ erfährt, hat der Präsident der Republik noch in der Nacht Briand und Millerand zu sich rufen lassen. Briand weigerte sich, ein neues Ministerium zu bilden, Millerand dagegen soll angenommen haben.

**Millionenfindung.** El. Goar, 8. Dezember. Das kürzlich verstorbene Fräulein Maria Gervell hat ihr gesamtes Vermögen in Höhe von 1 200 000 Mark der Stadt vermacht.

**Versammlungen und Vereine.** Mittwoch, den 3. Dezember: Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscherarbeiten. Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause. Holzarbeiter-Verband, Abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshause“. Parteil-Landsdistrikt Partiel. Mittwoch abend 8 Uhr bei Rosenberger. Groß-Fischau. Mittwoch abend 8 Uhr bei Parte. Krieg. Wahlverein. Mittwoch abend 8 Uhr bei Reichelt.

### Aus der Geschäftswelt.

Sparamkeit ist in dieser Zeit das Lösungswort auf allen Gebieten des Lebens. Ueberall werden Einschränkungen vorgenommen. In erster Linie werden die Ausgaben für Vergnügungen, Theater, Konzerte und für Kleidung reduziert. Aber auch im Haushalt muß gespart werden, umso mehr als die meisten Lebensmittel wesentlich teurer geworden sind. Daß auf diesem Gebiet Vorsicht angewendet werden muß, darüber ist die kluge Hausfrau nicht im Zweifel, denn nicht überall liegt die Sache so einfach, als wenn man die teure Kuhbutter durch die ausgezeichnete Pflanzen-Butter-Margarine Palmona von Dr. Schmidt ersetzt, wobei man sich manche Mark ersparen kann, ohne auch nur die geringste Einbuße befürchten zu müssen. Deshalb sängt man mit der Sparamkeit hierbei am besten an.

In jeder Familie sollte man dem täglichen Getränk besondere Aufmerksamkeit widmen. Viele Leiden können daher, daß herzu- und nervenleibliche Getränke selbst schon in den frühen Morgenstunden dem nüchternen Magen zugeführt werden. Man glaubt eben, dem Körper schade nur das, was sofort Schmerz erweckt, umso mehr, wenn die Genußgüter sind aber gerade deshalb so schädlich, weil sie durch ein vorübergehendes Wohlbehagen täuschen und unsere Gesundheit nur langsam und zuerst unmerklich angreifen. Wenn wir den Schaden erst fühlen, dann ist es zu spät. Der Verbrauch solcher gesundheitsfeindlicher Getränke wäre verächtlich und vielleicht auch entschuldbar, wenn wir kein unschädliches und dabei doch wohlschmeckendes Ersatzgetränk hätten. Wir haben aber in Rathmeyers Malzaffee nicht nur ein gesundes und kräftiges, sondern auch wohlschmeckendes und billiges Familiengetränk, das Tausende von Ärzten empfehlen und Millionen Hausfrauen erprobt haben.

# Warnung!

Ich warne jeden vor Weiterverbreitung des Gerüchtes, daß ich mein Geschäft in Gräbchen-Heinrichsbrunn aufgeben muß, da ich jeden Verbreiter gerichtlich belangen werde.

**Hermann Gräber,**  
genannt Schwager.

11004

**loh rauche täglich**  
mit größtem Genuss die vorzüglichste milde Qualitätszigarette à 2 1/2 Pfg.

## Zalmani freres

m. M., o. M., m. Gold. 9075

**Zigaretten-Fabrik Malzmann**  
Kairo gegr. 1875 Dresden.

Wir empfehlen unser anerkannt vorzügliches, von bestem Malz und feinstem Hopfen kräftig eingebrautes

**Bock-Bier**

R. Jaekel, Lagerbierbrauerei A. G., Strehlen.  
Vertreter: Karl Oczalka, Breslau, St. Fürstenstr. 8.

Allabendlich humoristischer

## Volkskommers im Stadthauskeller

Anfang 8 1/2 Uhr Anfang 9 1/2 Uhr  
anlässlich des 50jähr. Bestehens

## Für 287 Mk.

Die Natur u. die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

**Stegfried Rieger Der Anarchist**

Amphibienstraße 24. Norddeutscher Verlag.







## Deutscher Reichstag.

180. Sitzung. Dienstag, den 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, Lisco, Dr. Solj, Kommissare.

### Kurze Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Hoppe (Natl.) nach den Gründen einer plötzlichen rückwärtigen Veränderung der Anforderungen an die tausenden Remonten in einem Remonten-antalksbezirk, wird von einem General dahin beantwortet, daß eine solche plötzliche Veränderung nicht erfolgt sei, sondern nur darauf gesehen wurde, das Höchstmaß der anzukaufenden Pferde nicht zu überschreiten.

Eine Anfrage des Abg. Waldstein (Vpt.) wegen Gewährung des Generalpardons bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag für höhere Verschweigung von Einkommen und Vermögen (bisher Generalpardon soll nach der Anfrage auch denjenigen zuteil werden, deren Vermögen die beitragsfreie Grenze nicht übersteigt) beantwortet.

Schatzsekretär Kühn folgendermaßen: Der sogenannte Generalpardon kommt allen Personen zugute, welche die Voraussetzungen der subjektiven Beitragspflicht erfüllen, das sind alle diejenigen Personen, die in den §§ 10 und 11 des Wehrbeitragsgesetzes im einzelnen als beitragspflichtig bezeichnet sind. (Beifall rechts.) Für Befreiung dieser Auffassung der Reichsregierung habe ich abgestimmt.

Abg. Dr. Anst. (Soz.) fragt, weshalb zu den vorbereiteten Verhandlungen der Reichsregierung mit Unternehmern Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge nicht auch die Berufsorganisationen der Arbeiter zugezogen werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Müller: Es ist nicht richtig, daß solche Verhandlungen bereits schweben; sollten aber die Produktionsbedingungen des statilischen Landes gemeint sein, so handelt es sich dabei nicht um allgemeine Kräfte der Welt- und Handelspolitik, sondern um eine Produktionsstatistik einzelner Gewerbezweige unter Mitwirkung von Sachverständigen.

Die Abgg. Feldmann und Sasse (Soz.) stellen eine Anfrage wegen der großen Aufregung in den schlesischen Kreisen Striegau, Schweidnitz und Waldenburg infolge der Maul- und Klauenseuche und der massenhaften Abtötung von Klauenvieh; sie fragen weiter nach der Schadloshaltung der betroffenen Landwirte.

Direktor Quarles beruft sich auf die gelegentlichen Vorschriften. In diesen Kreisen waren im ganzen 23 Gehöfte mit 450 Rindern, 378 Schweinen und 4 Ziegen versucht und abgeprüft. Der entstandene Schaden wurde entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ersetzt, bei der Abschätzung wird erfahrungsgemäß wohlwollend verfahren und auskömmliche Hilfe gewährt. Es ist in keinem Fall eine Beschwerde an den Landwirtschaftsminister gelangt. Die hauptsächlich gefährdeten Kreise Schweidnitz und Waldenburg sind gegenwärtig seuchenfrei, und auch im Kreise Striegau ist seit 10 Tagen kein Fall vorgekommen.

Abg. Dr. Haagy (Uf.) fragt den Reichskanzler nach den Nebengriffen des Militärs in Zabern am 28. November. Generalmajor Wild v. Hohensborn: Dem Herrn Reichskanzler sind die in der Anfrage bezeichneten Vorgänge, wie er gestern hier ausgeführt hat, bekannt. Die getroffenen Maßnahmen wird er morgen hier darlegen.

Die Interpellation des Abg. Arnstadt und Genossen (Konf.) über die großen praktischen Schwierigkeiten, auf die das am 1. Januar 1914 bevorstehende Inkrafttreten der Reichsverkehrsordnung in Bezug auf die ärztliche Versorgung der Landkreiskassen und die Versicherungslösung, weshalb eine Einwirkungsübernahme des Inkrafttretens wünschenswert erscheint, wird nach einer Erklärung des

Unterschatzsekretär Richter in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beantwortet werden.

### Wahlprüfungsabstimmungen.

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abgg. Graf v. Carmer (Konf.), Dr. Burckhardt (Wirtsch. Vgg.), v. Ronin (Konf.), Kopsch (Vpt.), Sosinski (Vole) und Herzog (Wirtsch. Vgg.)

Beweiserhebungen werden beschlossen über die Wahlen der Abg. Pens (Soz.), Dr. Pachnicke (Vpt.), Red (Konf.), Lajer (Natl.).

Die Wahl des Abg. Dr. Gegendscheidt (Vpt.) wird gegen die Stimmen der Linken mit ganz geringer Mehrheit für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Abgg. Naumann, Koch, Kiel von der Fortschrittspartei und des Dänen Hansen für ungültig erklärt.

Bei der Abstimmung über die Wahl des Abg. Kuchoff (Zentr.) werden zwei Sammelprüfungen notwendig. Zunächst wird ein Antrag auf Beweiserhebung mit 174 gegen 171 Stimmen abgelehnt und dann die Wahl mit 180 gegen 166 Stimmen für ungültig erklärt.

Ein Antrag der Freisinnigen über die Wahl des Abgeordneten Dr. Cohn (Soz.), Beweiserhebung zu beschließen, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Antisemiten unter großer Mehrheit abgelehnt, und alsdann die Wahl gegen die Stimmen der Antisemiten für gültig erklärt. Hierauf tritt das Haus in die

### erste Beratung des Etats.

Reichsschatzsekretär Kühn: Im vorigen Jahre konnte ich mit großer Genugung die innere Festigkeit des Etats von 1913 hervorheben. Diesmal bin ich leider nicht in derselben Lage, weil wir in der Gleichung mit zwei Unbekannten zu rechnen haben, dem Wehrbeitrag und der künftigen Gestaltung der Konjunktur. Was der Wehrbeitrag bringen wird, ist noch völlig ungewiß. Daß der Reichstag zur sofortigen Deckung der riesigen Ausgaben für die Wehrevorlage schritt, indem er den Wehrbeitrag beschloß, war ein gewichtiger Schritt zum Gelingen der Reichsfinanzen. Freit aber wird die Kunst der Bilanzierung überwiegend auf Verschönerung der Ausgaben gerichtet sein müssen. Es zeigen sich im geschäftlichen Leben noch manche Lichtseiten, unsere Handelsbilanz ist aktiv, es fehlt aber auch nicht an Anzeichen für ein Absinken, jedoch läßt sich hoffen, daß dieser Niedergang nicht so stark und nicht von so nachhaltigen Folgen für die Reichsfinanzen sein wird, wie noch beim letzten Mal. Die Ueberflüsse eines Jahres verteilen nur zu leicht zu dauernden Mehrausgaben, für die es dann an der Deckung fehlt. Deshalb ist ein wahrheitsgetreuer Etat vorzuziehen.

### Der Minderertrag der Brauweinsteuer

ist zwar ein Nachteil in unserem Reichshaushalt, aber ein Vorteil in unserem Volkshaushalt. (Bravo! bei den Soz.) Auf die Zuckersteuer von 160 Millionen können wir nicht verzichten, sie wirkt auch nicht schädlich; denn unsere leistungsfähige Zuckerzeugung war geradezu ein Weltrekord. Die Zölle

dürften den sehr vorsichtig aufgestellten Etat noch um 25 Millionen übersteigen. (Hört, hört!) Der Geldbestand der Reichsbank ist mit 1229 Millionen Mark der höchste, den sie jemals erreicht hat. Wenn wir den Etat auf den Wehrbeitrag stützen, so treten wir auf höchst unglücklichen Boden. Geht der Wehrbeitrag in der erwarteten Höhe ein — gut — wenn nicht, dann stehen wir

### einer außerordentlich schwierigen Lage

gegenüber. (Lebh. Hört, hört!) In Widerspruch der Einzelverträge bemerkt der Schatzsekretär, daß im Budget über 100.000 neue Stellen vorzusehen sind. Die finanzielle Lage der Kolonien ist fast nur erfreulich. In Deutsch Ostafrika soll eine Postparzelle errichtet werden. (Wilt, b. d. Soz.) Dann etwas, was nicht im Etat steht. Es soll die alte Forderung der Berücksichtigung der Alpenkürze erfüllt werden und zwar hat die Regierung ihren Standpunkt insofern geändert, als nicht mehr daran gedacht wird, im Wege gelegentlicher Unterstützung Abhilfe zu schaffen, sondern auf geistlicher Grundlage. (Lebh. Bravo!) In dem Reichstag und an der große Gruppe der Interessierten möchte ich aber die Bitte richten, die Hoffnungen und Erwartungen in diesem Falle nicht allzu hoch zu spannen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen uns hier, wie überall, nach der Tede strecken.

Ich glaube, Ihnen klargestellt zu haben, daß wenn gleich der Etat angehts einer gewissen Zukunft in Aussicht genommen werden mußte, es doch insofern sehr wohl nicht nur für die dringenden materiellen Bedürfnisse, ich möchte sagen, für das tägliche Brot des Reiches, sondern auch für eine ganze Reihe auf weiteren Gebieten liegenden Forderungen für die Zukunft zu treffen. Daß sehr zahlreiche Wünsche unberücksichtigt bleiben müßten, ist eine unvermeidliche Folge der Lage.

### Einschränkung und Verschneidung

muß heute und auch in Zukunft unsere Devise sein, wenn nicht die Verhältnisse entweder des Finanzwesens oder der Steuerzahler unheilbar gerätten wollen. Ein früherer österreichischer Minister hat einem von ihm herausgegebenen Handbuchs den Ausspruch eines Redners aus dem alten Rom vorangestellt, der lautet: „Die Menschen wollen nicht einsehen, eine wie große Einnahmequelle sie an der Spararmut haben.“ (Große Beifall.) Das heißt in die parlamentarische Sprache unserer Zeit übersetzt: Man glaubt nicht, wie großen und folgenreichen Steuerkämpfen man aus dem Wege gehen kann, wenn man nur rechtzeitig die Ausgaben den jeweils verfügbaren Mitteln anpaßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf im Zentrum: Schon im Bundesrat!) Die Maßnahmen, die ich auszusprechen habe, gilt für alle gleichgeschickten Körperschaften, auch für die weiteren Kreise im deutschen Volk, jeder muß irgend einen Wunsch zurückgeben im Interesse des Wohles des Volkes. Ich habe darauf hingewiesen, wie notwendig für uns alle, besonders aber für die gleichgeschickten Körperschaften, die Spararmut ist — lassen Sie uns danach handeln!

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Interpellationen über Zabern). Schluß 4 Uhr.

## Dritter „deutscher“ Arbeiterkongress.

Berlin, den 2. Dezember 1913.

Der dritte deutsche Arbeiterkongress behandelte heute an erster Stelle das Thema: Lebensmittelversorgung und Lebensmittelerzeugung. Der Referent Generalsekretär Stegerwald-Köln bezeichnet als Ursachen der Preissteigerung in Deutschland die zunehmende Industrialisierung der Bevölkerung, die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Anarchie im Lebensmittelverkehr der gegenüber die großen Städte und Industriezentren mit ihren gewaltigen Kontingentenmassen ihre Aufgaben vernachlässigt haben. Auch die deutsche Zollpolitik hat in den letzten Jahren verschärfend auf die Preissteigerung gewirkt. Die Begleit-Erscheinungen der Teuerung sind für das ganze volkswirtschaftliche Leben sehr bedenklich. Redner warnt vor einer Preissteigerung oder bedeutenden Parabolisierung der landwirtschaftlichen Schutzzölle und befürwortet eine Verbesserung und Vervollkommenheit der Justizlandsproduktion und des Lebensmittelverkehrs verbunden mit einer Erziehung vom Ausland. Bei der Neuregelung der Handelsverträge dürfen die Zölle auf Nahrungsmittel nicht erhöht, auch keine weiteren Nahrungsmittel mit Zöllen belegt werden. Nach weiteren Einzelvorschlägen konstatierte der Redner, daß die ganze heutige Mittelstandsproblematik einem nicht gefallenen könne. Man habe heute förmlich einen Konsumvereinsfall. Es sei nicht wahr, daß Mittelstandskrisen durch die Konsumvereine erdroffelt werden. Man dürfe nicht eine Mittelstandsproblematik mitmachen, die dem Mittelstande helfen wolle auf Kosten der breiten unteren Schichten. Durch die Behandlung dieses Themas auf dem Arbeiterkongress würden vor allem Staat, Gesellschaft und öffentliche Gewalten auf die Bedeutung des Lebensmittelversorgungproblems hingewiesen werden. Der Redner leitete eine umfangreiche Resolution im Sinne seiner Ausführungen vor.

Das zweite Thema betraf die

### Bedeutung der Koalitionsfreiheit

und des Vereinigungsrechts für die Angestellten und Arbeiter. Der Berichterstatter Arbeitersekretär und Landtagsabgeordneter Andre (Stuttg.) verlangte in erster Linie die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmegesetzes. Das Koalitionsrecht sei in dem Sinne auszubauen, daß der rechtmäßige Gebrauch desselben gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden. Das Streikpostensystem müsse gegenüber der Polizeivollmacht als ein im wirtschaftlichen Kampfe erlaubtes Mittel angesehen werden. Das Vereinsrecht der Landarbeiter sei für das ganze Reich einheitlich zu gestalten und auszubauen und endlich sei die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechts anzustreben. Der Redner betonte, daß es auch einen Terrorismus der Arbeitgeber gibt, der sich in verschiedenen Formen äußere. Gegen die scharfmerkwürdigen Vorzüge des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, des Kaufmannsverbandes und anderer Organisationen müsse entschiedene Front gemacht werden. Die Mittelständler täten am besten daran, bei dem Kampfe zwischen Großkapital und Arbeitern die Hände wegzulassen. Das Gebieten des Volkes erfordere eine freiere und ungehörte Entfaltung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, denn eine leistungsfähige Arbeiterschaft sei eine nationale und soziale Notwendigkeit.

In der Debatte, in der sich fast alle Redner mit der Resolution einverstanden erklärten, bemerkte Klotz-Waldenburg i. Schl., er sei Vertreter des katholischen Gewerkschafts, Sitz Berlin, und könne sich dem Antrage des Referenten nicht ohne weiteres anschließen. Er und die Mitglieder des katholischen Gewerkschafts stehen nach wie vor fest auf dem Boden der päpstlichen Enzyklika und verlangen die Beibehaltung des § 153 der Gewerbeordnung. (Stürmischer Widerspruch.)

Abg. Kraus bemerkte dem Redner, daß sie sich Limmes seien als die Gelben.

Wieber-Duisburg erklärte, die Ausführungen des Kollegen Klotz müßten dahin führen, daß Millionen weiterer Arbeiter sich der Sozialdemokratie anschließen.

Weiter (Berlin) betont, daß für seinen Stand sozialer Fortschritt betätigt werde wie für den Bauernstand. Der Großindustrie stehe es am schmerzlichsten an, nach verstärktem Arbeiterwilligen zu rufen. Weiter wurde auf den Widerspruch in der Behandlung der sozialdemokratischen und der christlichen Arbeiter bei Streiks hingewiesen.

In der Diskussion über die Lebensmittelerzeugung meinte Heilmann (Düsseldorf), die Landwirtschaft solle für die Volkshilfe des deutschen Volkes auch einige Konzessionen machen, nachdem die Arbeiter zu ihren Gunsten schwere Lasten auf sich genommen hätten.

Pull-Kattowitz wendet sich zum Teil gegen die Zeitliche Steigerung. Schuld an der Lebensmittelerzeugung sei die schrankenlose Freizügigkeit der Landarbeiter. Durch herrsche auf dem Lande Arbeitermangel und die Landwirtschaft sei nicht imstande, genügend zu produzieren. Die Landwirtschaft müsse geschützt werden. Er sei allerdings nicht für Erhöhung der Zölle, aber keineswegs für den Abbau. — Die weiteren Redner traten Pull in scharfer Weise entgegen.

Im Schlußwort bemerkt Landtagsabgeordneter Andre, er verleihe nicht, aus welchem Grunde sich die Mitglieder des katholischen Fachverbandes dem Kongresse angeschlossen haben.

Die Abstimmung über die Resolution soll morgen erfolgen.

## Schlesien und Posen.

Waldenburg, 2. Dezember. Brand — und troh...

dem verhaftet! Genosse Heinrich Fuhrmann wurde Dienstag morgen durch einen Polizeibeamten verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Wegen Verübung des Glashüttenbesitzes Wehrauch in Weichseln hat ihn bekanntlich die hiesige Strafammer letztes Frühjahr zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung sollte Fuhrmann in einem Anstalt, das an die Arbeiter der Glashütte verlegt worden war, bewahren haben. Genosse Fuhrmann ist schon seit längerer Zeit krank. Bereits vor einem Jahre mußte er sich in Breslau einer Operation unterziehen. Auch in diesem Jahre bestand er sich wieder längere Zeit in Breslau, wo ihm die schmerzliche Mitteilung gemacht wurde, daß außer den übrigen Gebrechen auch sein Augenleiden unheilbar sei und er deshalb das Schicksal, was einem Menschen passieren kann, nach einigen Jahren zu befürchten hat. Genosse Fuhrmann hand auch gegenwärtig noch in ärztlicher Behandlung. Bereits als er sich in Breslau befand, hatte er die Aufforderung zum Strafantritt bekommen. Wegen seiner Krankheit war dieser verschoben worden. Auf eine neue Aufforderung des Staatsanwalts, die Strafe anzutreten, hatte Fuhrmann geantwortet, daß er dazu unter der Bedingung bereit sei, wenn er Lazarettbehandlung erhalten sollte. Statt einer Antwort, auf die er glaubte warten zu müssen, erfolgte die Verhaftung.

Wenn man doch auch so mit dem „ranken“ Grafen Felix Entenberg verfahren würde.

Reichenbach, 3. Dezember. Unglücksfall. Montag vormittag verunglückte beim Neubau der Firma Christian Dierm in Langen Isau der Fabrikbesitzer und Ingenieur Herman Vogel von hier, indem er in Höhe von sechs Metern herabstürzte. Er erlitt dabei einen Armbruch und mehrere Rippenbrüche, sowie schwere innere Verletzungen, so daß an seinem Aufkommen zweifelt wird. Vogel wurde nach dem Krankenhaus überführt.

Grottkau, 3. Dezember. Brand. Sonnabend nacht um 21 Uhr brach in der mittelsten der vier zusammenhängenden Scheunen in der Dreslauer Vorstadt an der Thannauer Straße ein Brand aus. Da die Scheune mit Stroh bis auf die Unfassungsmauern ausgebrannt ist, erleiden die Beteiligten einen namhaften Schaden. Ein Löschchen des Brandes, an dem sich die hiesige freiwillige und Pflichtfeuerwehr bemühte, war vollständig ausgeschloffen. Die Feuerwehr mußte vielmehr ihr volles Augenmerk auf das Erhalten der anliegenden Scheunen richten, was auch nach großen Anstrengungen gelang. Die Abblöscharbeiten dauerten bis 11 Uhr vormittags. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Rosen, 3. Dezember. Schwere Explosion. In der hiesigen Gasanstalt ereignete sich Montag vormittag gegen 7 Uhr eine schwere Explosion, wobei der Arbeiter Donbajewski, Schrotkmarkt 78, getötet wurde; der Rufer Rzanyn, Wallischei 73, wurde leicht verletzt.

Donbajewski und Rzanyn waren mit dem Reinigen der Wassergasanlage beauftragt. Gegen die ausdrückliche Vorschrift ließen sie aus dem Apparat das sogenannte „Spertrwasser“, das den Apparat gegen die äußere Luft abschließt, auslaufen. Dadurch war es möglich, daß sich das Gas im Innern des Behälters mit Luft mischte und so explosive Eigenschaft erhielt. Als nun Donbajewski den Deckel des Behälters abhob, geriet das Gasgemisch im Innern des Behälters in Bewegung. Durch ein Rohr, das von dem Behälter abzweigte, konnte an einer entfernteren Stelle das Gasgemisch mit einer offenen Flamme in Berührung kommen. Dies würde nichts geschehen haben, wenn der Behälter nur reines Gas enthielte hätte; durch die Beimischung von Luft aber konnte die Flamme bis in den Behälter schlagen und das darin befindliche Gemisch zur Explosion bringen. Der Deckel wurde mit großer Gewalt emporgeschleudert und traf Donbajewski so unglücklich, daß er ihm den Kopf zertrümmerte. Der Unglückliche lebte nur noch wenige Augenblicke. Rzanyn wurde nur leicht verletzt und befindet sich außer jeder Gefahr.

Schweidnitz, 3. Dezember. Konservativer Parteitag. Am letzten Sonntag tagte hier der Parteitag der Bojener Konservativen. Agrarier, Kleingrundbesitzer, Beamte und Gewerbetreibende traten zum gemeinsamen Tag zusammen. Bei solchen Tagungen würde natürlich etwas fehlen, wenn nicht vom Kampf gegen die Sozialdemokratie geredet werden würde. Der Reichstagsabgeordnete Landgerichtsrat Schulz-Bromberg mit die Mitte gegen die Sozialdemokratie. Sozial aus den politischen Verhältnissen der bürgerlichen Presse hervorgeht, forderte er von der Staatsregierung, daß sie gegen die Sozialdemokratie vorgehe. Von dem reaktionären Reichstagsabgeordneten Schulz sind vier andere Töne gemöhnt. Bezeichnete sich doch der Herr Landgerichtsrat vor einiger Zeit selbst als den Todfeind der Sozialdemokratie! Und soll es schon recht sein. Wir werden unsere Agitation darauf einrichten und ihn als das was er ist, flizzieren, nämlich den Todfeind der Arbeiterklasse!

Schweidnitz, 2. Dezember. Der Schießprügel. Ein schweres Unglück hat heute wieder das Spielern mit der Schußwaffe zur Folge gehabt. Der 10jährige Sohn eines hiesigen Beamten machte sich mit dem Jagdgewehr seines Vaters zu schaffen, das er auch mit Munition versah. Beim Gerann-











folgt Malisliker, kampfesfähige Revolutionäre

Ein Bericht vom Rhein und aus dem Rheinland, die höhere Bergengasse ist noch zu frisch im Gedächtnis.

Ein heißer Sonntag. Unendlich scheint sich die politische

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

trösten man an der Sonne oder an Feuer welches aus

Sine furchtbare Möglichkeit

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Die Sichtbarkeit des Stroms

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Was meinen Wandererfahren

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.

Stadts zwei Wochen ist dieser feierliche Teil des Festes beendigt.